

Phantastische Riesengewinne der Konzerne

Ungeheurer Raubbau an der Arbeitskraft Rede des Genossen Roenen zur Wirtschaftspolitik der Großen Koalition

In der Beratung des Haushalts für das Reichswirtschaftsministerium sprach am Mittwoch für die kommunistische Fraktion

Genosse Roenen

In der gestrigen Debatte wurden zwei Reden als Ablenkungsmanöver für Arbeiter und wertvolle Mittelschichten gehalten. Die eine von dem Sozialdemokraten Krätzig, die andere von dem volksparteilichen Minister Curtius. Krätzig begann mit einigen Allgemeinplätzen über die kapitalistische Wirtschaft, die seiner Rede einen marktlichen Anstrich geben sollten, aber er endete diese „grundtätige“ Kritik mit dem schlechten, arbeitgemeinschaftlichen Vorschlag, daß baldmöglichst in ausführbarer Form die Mitverwaltung der Arbeiterschaft an der heutigen Wirtschaft gesetzlich sichergestellt werden müsse. Was er vorher gegen die nur aus Gewinn eingestellte kapitalistische Wirtschaft, gegen die brutale Gewissenlosigkeit, gegen die Unerschütterlichkeit der Herrschaft einzelner Wirtschaftsführer und für den „größeren Anteil“ am Sozialprodukt sowie für den Abbau der Preise ausgeführt hatte, das stand so schroff im Widerspruch zu den tatsächlichen Verhältnissen, daß man diese Ausführungen nur als Feiertagspredigt eines Sozialverrätters bezeichnen kann, der genau weiß, daß er zu keinerlei praktischen Folgerungen aus seiner Kritik genötigt werden kann.

Neben dieser Koalitionsschelte für die Arbeiterschaft stand in gerechter Arbeitsverteilung die Rede des volksparteilichen Wirtschaftsministers Curtius, der den Mittelstand für die Koalitionspolitik einzufangen versuchte. Die von ihm herbeigeführte Mittelstandsdebatte war eine bewußte Ablenkung von der gigantischen monopolistischen Kapitalkonzentration, die wir gerade in den letzten Jahren in Deutschland erleben. Ueber witzige Hülse für die wertvollen Mittelschichten, über Beseitigung drückender Steuern und verbilligte Kredite für die Kleinen lautete die Rede der großkapitalistischen Wirtschaftsmisster kein Wort. Im Gegenteil, er kündigte unter Ausnützung der Kommunalisierungseifersüchtigen vieler Gewerbetreibender neue Steuern für die kommunalen Versorgungsgebiete an. Das war der großkapitalistische Pferdeschub der Mittelstandsrede, die damit durch neue Verteuerungsbahnen zu einer Rede gegen die Interessen aller wertvollen Schichten wurde. (Sehr richtig! bei den Komm.)

Warum diese Ablenkungsreden der Vertreter der beiden stärksten Koalitionsparteien? Sie wollten nicht erkennen lassen, welche tabellarischen Kästen das Traktatkapital von der Wirtschaftspolitik der Großen Koalition hat. Wir Kommunisten aber haben den wertvollen Mittelschichten ebenso wie den Arbeitern den gemeinsamen Feind aufzuzeigen. Gerade in diesen Tagen wird bekannt, welche schamlosen Gewinne der größte deutsche Truist, die F. W. Farben, im letzten Jahre machte. Dieser Truist, der über ein Milliardenkapital verfügt, gibt weniger als

123 Millionen Reingewinn

Daneben sind 12 Millionen dem Reservefonds überwiefen, 22 Millionen sind als Abschreibung verbucht, die Lagerverräte sind seit 100 Millionen höher als im Vorjahre und die Bankguthaben um rund 80 Millionen. Diese Häufung der Hunderte von Millionen an Gewinn, die in einem Jahre bei einem einzigen Konzern gemacht wurden, sie zeigen den Urgrund des Arbeiterleids und der Mittelstandsnöte. Allein im Leuna-Werk macht dieser Konzern an jedem Werktag einen Reingewinn von rund einer Million. Das macht eine Stundenlohnsteigerung von 80 Pfg. möglich. Aber ganze 4 Bettelewiennige hat man jetzt den Arbeitern zugesprochen. Auch diese Pfenninge wird man ihnen noch durch Kürzungen der Alford- und Prämienläge wieder abnehmen. Das ist der „höhere Anteil“ am Sozialprodukt, von dem der Sozialverräter Krätzig sprach. (Sehr wahr! bei den Komm.)

Ueber andere große Profitmacher aus diesem Jahre der Massenarbeitslosigkeit gehen täglich Meldungen durch die Presse. Auch der „Vorwärts“ hebt sich gezwungen, immer wieder zu berichten über Hochbetrieb und Rekordumsätze, wachsende Rentabilität, große Gewinne, erhöhte Dividenden, Glanzabschlüsse und Hochburgen des Profits. (Rebner zitiert laut „Vorwärts“ Beispiele aus allen Industrien.)

Wie bei solchen Gewinnern die Schlemmer und Prasser schmelzen, zeigt die Feststellung der Reichskreditgesellschaft, daß im vergangenen Jahre die Einfuhr von Waren feineren Geschmacks fast 10 Prozent höher war als 1927 und um 16 Prozent höher als 1928. Daneben berichtet diese Reichsstelle über auch über das wachsende Elend, das sich im Sinnen des Verbrauchs an Gütern des Massenbedarfs zeigt.

Jawohl, die deutschen Produktionsziffern sind gestiegen. Aber gleichzeitig stieg das deutsche Elend. Nur auf der Grundlage der verhärteten Ausbeutung, der Entzung des Reallohns, der unerhörten Steigerung der Leistungen konnte diese Steigerung der Produktionsziffern erprobt werden.

Jawohl, die deutschen Produktionsziffern sind gestiegen. Aber gleichzeitig stieg die deutsche Massenarbeitslosigkeit. Aber jetzt im Hochsommer haben wir dieselbe Arbeitslosenziffer wie im Dezember 1928 und noch eine Million Arbeitslose mehr als im Monatsdurchschnitt des Jahres 1927.

Das Kräftepaar des deutschen Kapitalismus tritt damit so kraft in Erscheinung, daß in diesem Frühjahr sich alle kapitalistischen Quacksalber an der Lösung dieses trübseligen Zustandes mit den schändlichsten Vorschlägen versuchten. Die „Bergwerks-Zeitung“ war es, die zuletzt am frechsten, die großkapitalistische Ausbeutung proklamierte. Sie schlug Ende April der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie vor, doch endlich eine neue, echte Arbeitsgemein-

Was hat der SPD-Parteitag beschlossen?

Beschlüsse, die jeder Arbeiter sich genau merken muß

Der SPD-Parteitag in Magdeburg hat folgende Beschlüsse gefaßt:

- Uebergang zur Tagesordnung über sämtliche Anträge gegen die Koalitionspolitik, gegen den Panzerkreuzerbau;
 - Zustimmung, daß die Minister für die zweite Panzerkreuzerrate im Etat stimmen dürfen;
 - Annahme des sozialimperialistischen Wehrprogramms, das für eine „positive“ Reichswehr- und Aufrüstungspolitik eintritt;
 - Ankündigung neuer „unpopulärer“ Massensteuern durch Einkommen- und Erbschaftssteuer;
 - Bereitschaftserklärung Breitscheids, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um ein Prozent zu erhöhen und die „Mißstände zu beseitigen“, d. h. die Leistungen abzubauen;
 - Ablehnung der Anträge, die von den Ministern fordern, bei besonders wichtigen Regierungsentscheidungen (Panzerkreuzerfrage, Rüstungsbudget usw.) vorher den Parteivorstand und Parteiauschuß zu hören bzw. die Fraktion zu befragen;
 - Ablehnung des Antrages, den Reichswahlrat auf 500 Millionen herabzusetzen;
 - Uebergang zur Tagesordnung über sämtliche Anträge gegen das Preußenkonfordat;
 - Ablehnung einer Festlegung gegen den Zollwucher (also praktisch Zustimmung zum neuen Zollwucher);
 - Ueberweisung sämtlicher Anträge mit sozial- und finanzpolitischen Forderungen als „Material“ an den Papierkorb der Reichstagsfraktion.
 - Ablehnung des Antrages der Berliner Arbeiter, der 1000 Mark Monatsgehalt als Höchstgrenze für sozialdemokratische Staatsfunktionäre und Bürokraten festsetzen will.
 - Abwägung aller Anträge für den Schutz der arbeitenden Jugend und gegen die hohen Offizierspensionen.
- Das ist die Blütenlese der Politik, für die sich der Magdeburger Parteitag des Sozialfaschismus ausgesprochen hat. Daraus aus der Partei dieser schamlosen arbeitereindlichen Beschlüsse!
- Hinein in die kommunistische Partei, der einzigen proletarischen Klassenpartei aller Arbeiter!

schaft zu bilden, wie das in England doch schon gelungen ist. Was die Trade-Unions möglich gemacht hätten, das müßte auch in Deutschland durchführbar sein. Da die große Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse doch an der Verhängung durch die Kommunisten keine Freude haben könnte, sollten doch führende Männer beiderseits Zueignung nehmen, um auf dem Wege der Verständigung zu einem vernünftigen Uebereinkommen zu gelangen.

Also eine neue Arbeitsgemeinschaft für eine neue Kapitaloffensive, das soll der Inhalt der weiteren Wirtschaftspolitik der Großen Koalition sein. Das deutsche Finanzkapital will sich zu einem neuen imperialistischen Ausschweifung rüsten. Die Finanzgewaltigen werden nach der neuen Kapitalaufhäufung, die ihnen die Koalitionsregierung in so überaus reichem Maße beschert hat, jetzt den Kampf um die Kapitalausfuhr und um die gesteigerte Warenausfuhr begreifen. Die Entschärfung des Ostens wird dabei ihr Kampfruf sein. Die Pertrümmerung des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion, die Eingliederung der erstarren sozialistischen Wirtschaft in die kapitalistische Ausbeutungswirtschaft, das wird nicht nur das wirtschaftspolitische, sondern auch das machtpolitische Ziel des deutschen Finanzkapitals sein. Die veredelten und ausgeblühten Arbeitermassen Deutschlands müssen diese Kriegsläutern imterrevolutionären Pläne des deutschen Finanzkapitals und seiner Koalitionsregierung durchkreuzen, indem sie durch ihre eigene Erhebung und den eigenen Kampf um die Macht sich selbst befreien und die Sowjetunion ihren räuberischen sozialistischen Aufbau vor den gefährlichen Feinden schützen. (Bravo! bei den Komm.)

Am Freitag Schiedsgerichtsverhandlungen für den Bergbau 06.

Olewig, 6. Juni.

Der Schlichter für Oberschlesien, Professor Dr. Brahn, hat die Gewerkschaften und Grubenbarone für Freitag, den 7. Juni, vormittags, zu Verhandlungen nach Olewig geladen. Die Verhandlungen sollen im Verwaltungsgebäude der ober-schlesischen Knappschaff stattfinden.

Bergarbeiter, auch soll am Freitag der Streik gebrocht werden. Der Schlichter Brahn versteht sein Geschäft. Wenn auch die Gewerkschaftsbürokraten des OVB gegen Brahn opponieren und einen anderen Schlichter verlangen, so werden sie sich doch dem Schlichtungsamt unterwerfen. Aufgabe der ober-schlesischen Bergarbeiter ist es, sich durch die Maßnahmen des Schlichters und der Gewerkschaftsbürokraten nicht betreten zu lassen, und unter Führung der gewählten Kampfkommitees den Kampf für Erhöhung der Löhne um 1,50 Mark pro Mann und Schicht aufzunehmen.

Schluß in Paris

Unterzeichnung Freitag mittag 12 Uhr

Paris, 6. Juni. Das Gutachten der Pariser Sachverständigen wird voraussichtlich am Freitag um 12 Uhr mittags unterzeichnet werden. Da die Verhandlungen der Sachverständigen sich bisher in zwanföufiger Form abgepielt haben, darf man annehmen, daß sich auch der Akt der Unterzeichnung ohne besondere Formalitäten abspielen wird. Die Presse wird wahrscheinlich zugelassen werden. Ueber die Veröffentlichung des Berichtes ist zur Stunde noch nichts bestimmt, doch wird er in Paris veröffentlicht werden.

Millionen für die Luftfahrt

Berlin, 6. Juni. (Eig. Ber.) Im Haushaltsauschuß des Reichstages steht zurzeit der Verkehrssetat zur Beratung. Diese Beratungen erfahren ein gesteigertes Interesse noch dadurch, daß zu gleicher Zeit der Bericht des Rechnungshofes für das Jahr 1928 erschienen ist, wo besonders gegen die unerschorte Wirtschaft im Verkehrsministerium scharf Stellung genommen wird. Die Angriffe richten sich besonders gegen die Luftfahrt-Abteilung des Ministeriums. In der Generaldebatte drehte sich die Diskussion auch besonders um diesen Ausgabenartikel, die wiederum Millionensummen an Subventionen für die Luftfahrt und die Luftfahrt im allgemeinen vorsehen. Der Redner der kommunistischen Fraktion wies darauf hin, daß mit Hilfe dieser Mittel der Luftaufbau Deutschlands Rechnung getragen wird, da ja der Friedensvertrag die militärische Luftfahrt unterbunden hat. Die kommunistische Fraktion lehnt deshalb alle vorgelegenen Mittel im „tat für die Luftfahrt“ ab.

BRENNENDE RUHR Von K. GRÜNBERG Roman aus dem Kapp-Putsch

Kapitel 12289, Grefsenbergerlag, Kudo-Kabil 24

„Ja hast du unrecht, und wie ich dich kenne, wirst du auch nicht lange passiv bleiben“, sagte Grothe zuderschifflich. Eutrow wiegte nickend den Kopf.

Grothe riefte ein Stück näher und begann auf ihn einzureden, wie er es früher so oft getan hatte.

„Ich habe“, fuhr er fort, „keine Philosophie aus Büchern studiert, aber wie im Kampfe eine andere Philosophie angeeignet, und die sieht so aus:

Was wir vorhaben, die ganze Welt zu erobern und überall eine neue, bessere Gesellschaftsordnung durchzuführen, das ist eine Aufgabe, wie sie gigantischer noch niemals gestellt wurde, solange diese Welt besteht! Und da sollte man verzweifeln, wenn der Baum nicht auf einen Fiech fällt? — Es existieren noch keine Instruktionbücher darüber, wie man eine soziale Revolution einwandfrei und ohne Fehler durchführt, und es wird auch keine geben, weil jede Revolution sich ihres eigenen Lehren aus Fehlern und Niederlagen erkämpfen muß. Die Russen haben 1906 damit angefangen; wir erst 1918, und heute schreiben wir erst 1920.“

Eutrow sah den Genossen mit unglaublichem Staunen an. „Wie lange sollen wir denn noch warten? Ich bewundere dich, das heißt, mehr als deine Perspektive deine Ausdauer und Geduld! Ich habe das leider eben nicht.“

„Und doch sind das die wichtigsten Elemente, die wir brauchen. Erinnerung dich doch, wieviel Geduld wir mit dir haben mußten, ehe du vom Wahne der Demokratie frei wurde!“ sagte Grothe unerschütterlich.

„Bei mir waren es die Schlägen der Erziehung; meine Eltern sind Epischüler reiner Diktator; das mußte du schon einschuldigen“, verteidigte sich Eutrow.

„Weiß ich alles, aber du willst diese Entschuldigung bei den anderen, die ebenfalls ein Opfer ihrer falschen Erziehung sind, nicht gelten lassen. Das ist unzulässig.“

Der andere zündete die Zigarette. „Was soll man tun?“ fragte er resigniert, sah eine Zigarette angründend.

„Erziehen, aufklären, aber dazu gehört Arbeit“, rief Grothe so laut, daß ein paar vorübergehende Mädchen einen Augenblick stehen blieben.

„Die UEP gehört in Kürze der Geschichte an, da auf dem Halle'schen Parteitag selber das Gros zur Dritten Internationale flohen wird. Damit sind die Vorbedingungen für eine proletarische Massenpartei und für künftige bessere proletarische Politik gegeben“, erläuterte Grothe siegesgewiß.

„Daran hat es leider gefehlt bei der vergangenen Epoche; viele Parteien, viele Köpfe, viele Sinne. Einer mißtraute dem anderen, belämpfte den anderen; keiner hatte Autorität, sich durchzusetzen und die riesigen Massenkräfte zu organisieren“, sagte Eutrow bitter.

Grothe schmunzelte: „Wie du gelernt hast, aber Junge, soweit sind wir gar nicht mehr auseinander!“

Eutrow sah verdutzt drein, dann lächelte auch er: „Mag sein, daß wir uns mal in Damaskus wieder treffen, wenn das erst alles ein bißchen weiter hinter mir liegt.“

Ein herbes Lächeln spielte am des anderen Mundwinkel: „Ich habe keine Zeit, über Unvermeidliches nachzugrübeln. — Ich darf es gar nicht, sonst...“

„Herrgott, ja, wir schwächen, und von dir weiß ich noch gar nichts“, rief Eutrow erschrocken.

„Dann laß es dir kurz erzählen“, sagte Grothe, die Stirn im Handteller seiner Linken wählend, als müße er die gewaltig zerstreute Erinnerung erst zusammenklauben. Dann begann er mit halblauter trödelnder Stimme:

„Wir hatten uns zu siebzehn Mann mit drei Maschinengewehren in ein einzelnes stehendes Haus bei Wilmum geworfen, um die baherischen Kulanen aufzuhalten. Wir wurden ziemlich zehn Stunden belagert, schlugen mehrere Angriffe ab und bludierten mit unseren MG die Straße. Ich erhielt dabei einen schweren Schuß in die Schulter und lag dann ein paar Stunden in einem fensterlosen Kellerloch. Mary Anders pflegte mich, bis...“

„Wie? — Mary war auch bei uns? — Da weißt also, wo sie geblieben ist?“ fragte Eutrow atemlos.

Grothe nickte. „Sie hätte flüchten können, aber sie wollte nicht. Sie war gerade bei mir, als es oben donnerte, als gehe die Erde unter. Ich glaube erst, es seien Mienen, aber später erfuhr ich, daß es geballte Handgranaten waren. Ich wollte nach oben, mein Leben so teuer als möglich zu verlaufen, aber die Kulltür zu unserer

Rafschott war schon verschüttet. Da das Haus keinen weiteren Keller hatte, fanden mich die Russen nicht. — Am anderen Morgen gruben mich die Biegelarbeiter besinnungslos aus und verdeckten mich vor den Spießeln der Weigen.“

„Und Mary? Wurde sie auch gerettet? — Ist sie tot oder geriet sie gar lebend in die Hände der Soldateska? — In Weisfalen sind ja furchtbare Schandtatzen gegen rote Krankenwärterinnen vorgekommen.“

Woll schmerzlicher Spannung forschte Eutrow in den gramverzerrten Zügen des anderen, und plötzlich wurde ihm die furchtbare Tragödie klar, als Grothe mühsam herauswürgte: „Sie kommt nicht wieder; — sie starb in meinen Armen; — sie ist tot...“

Er hatte die Augen mit der Hand bedeckt, und ein tiefes Stöhnen entrang sich seiner Brust. Eutrow zermarterte seinen Kopf vergeblich nach einem Trostwort und — schweig.

„Plötzlich fragte Grothe, noch immer die Hand vor die Augen haltend: „Du hast sie wohl auch gern gehabt?“

Eutrow erröte und ein waches Gesiß überkam ihn bei der Erinnerung. „Ich war dir ihrthalben einmal sehr gram, Mary! Seinezeit, weißt du noch, beim Streit auf der Besse Deute, sagtest du mir, in einer befreundeten Familie hängt man, wenn man keine Heiratabsichten hat, Freundschaft mit einem Mädchen erst gar nicht an. Das leuchtete mir auch ein. Und dann habe ich auch beide auf Frau Anders' Geburtstag beobachtet. Da machtest du dich auf dem Platz breit, den du zu räumen mir empfohlen hattest.“

Grothe blickte ihn ernst an. „Du tatest mir unrecht, Ernst. Du hattest — damals wenigstens — keine ernsten Absichten. Du hast mich — obwohl persönlich uninteressiert — in heiderseitigem Interesse an. Bei mir kam das erst später — wie so etwas eben plötzlich kommt. Aber wer sagt dir, daß ich nicht ernste Absichten hatte?“

Eutrow schwieg betroffen, Grothe aber, dem es wohl zu tun schien, über die Tüte zu sprechen, fuhr mit leise vibrierender Stimme fort: „Sie war ein Lieber, tapferer Kerl, hatte das Zeug an sich zu einem Kampstameraden, wie ihn unserer braucht. Sie war tapfer, wie sie mit mir kämpfte. — Wenn wir beide lebend weggekommen wären...“

(Schluß folgt.)

Verantwortlich für den politischen Teil Arthur Domarödt, für den Betrieb und den Druck Max Bredemühl, Wilhelm Bredemühl, für den Druck und die weiteren Leistungen dieses Romans, sämtlich in Weisfalen. — Für den politischen Teil Gerhard Schulz, Weisfalen. — Für den Druck Max Bredemühl.

Vor der Verabschiedung des Hilferding-Gesetzes

Das Märchen vom „Notjahr“ und von der „Erbchaft“ Ein Jahr sozialdemokratischer Regierungspraxis

Von Adolf Ende, M. d. R.

Der Reichstag ist wieder zusammengetreten. In den vier Wochen bis zu den Sommerferien soll der arbeiterfeindliche, den Bürgerblut an sozial- und reaktionären Maßnahmen noch übertreffende Hilferding-Gesetz verabschiedet werden. Daher werden diese Wochen von weittragender politischer Bedeutung sein. Besonders die Beratung des Reichswehrministeriums und der Steuer- und Finanzpolitik erfordert die größte Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft. Die Beratungen werden außerdem unter dem Eindruck des Ergebnisses der Pariser Konferenz stehen, das die besitzende Klasse ermuntert, ihre Forderungen auf Steuerentlastung noch energischer als bisher zu vertreten.

Zum Besseren Verständnis der kommenden Beratungen im Reichstag nachstehend eine Charakterisierung der jetzt einjährigen Staatspolitik der Sozialdemokratie.

Bei aller Raffinesse ist es für die sozialdemokratischen Minister gar nicht so leicht, ihre arbeiterfeindliche Politik, die sie seit einem Jahre im Reichstag betreiben, den Anhängern plausibel zu machen, oder gar als fortschrittlich gegenüber der Aera des Bürgerbluts hinstellen. Als routinierte Demagogen und Volksbetrüger waren sie von vornherein darauf bedacht, dem flecken Wählervolk, wenn schon keine politischen Talente, so doch gute Klugheit für ihre vollkommene Kapitulation vor dem Trutzgewaltigen zu liefern.

Zuerst, gleich zu Beginn der neuen Reichstagsperiode, erfand Hermann Müller die Sache mit dem „Notjahr“, um die hochgepannten Wünsche der im Wahlgang auf den sozialdemokratischen Leim getretenen Wähler niederzubriden. Das hinderte Hilferding zwar nicht daran, damals zu erklären, daß genügend Gelder aus den Steuern eingeht, um den Panzerkreuzer A fortzusetzen aus der Weltentlastung bezahlen zu können. Aber in der Zeit, da der wegen seiner Steuererhöhungen aufreizende Etat der neuen Regierung bekannt wurde, und die Forderungen der Reichsarbeiter und Beamten abgewürgt werden sollten, mußte das „Notjahr“ herhalten, um zu begründen, daß der „Vater Staat“ unter Müller-Hilferding kein Geld habe und aus den Massen mehr Steuern herauspressen muß, als im Zeitalter des Bürgerbluts.

Auch alle weitgehenden sozialpolitischen Forderungen konnten „natürlich“ in einem „Notjahr“ keine Berücksichtigung finden. Ein schlechter Republikaner, der „egoistische Wünsche einzelner Gruppen der Bevölkerung“ in den Vordergrund stellt, wo es doch um die langsame, aber sichere Eroberung der Republik mit Hilfe der Koalitionspolitik geht. Die Not der Republik duldet eben keine Extrawürste simpler Proleten. So war ungefähr der Tenor der Geschichte mit dem „Notjahr“.

Aber diese Walze zog nicht so recht. Auch der andächtigste gläubige sozialdemokratische Minister merkte, daß trotz Regierungswechsel und trotz „Notjahr“ alles beim alten blieb, und noch schlechter wurde.

Die Bewilligungsfreudigkeit für Militarismus, Polizei und Kapitalsubvention frisch-fröhlich auch im neuen Reichstag weiterlebte, während alles gefalpt wurde, was die kommunistische Fraktion z. B. an berechtigten Forderungen für die Werktätigen erhob.

Hinzu kam der plötzliche Kassendalles, als Hilferding sozusagen über Nacht entdeckte, daß sein ausgefüllter Zehnmilliarden-Etat eigentlich doch nicht balanciert, und er mehr Geld benötigt, als vorhergesehen.

Und so kam die neue Walze: Das „Notjahr“ verschwand aus den Reden der sozialdemokratischen Minister und Abgeordneten, und dafür kam die

„Erbchaft der Vergangenheit“

Der Panzerkreuzer, das Kassendefizit, die reaktionären Gesekentwürfe, die schreiende Steuerungerechtigkeit, der antisozialpolitische Kurs usw., alles das sind „Erbstücke“ aus der Zeit früherer Regierungen, die von den bedauernswerten Wahlsiegern von 1928 als unabänderlich, wie eine „Fügung Gottes“ übernommen werden „mußten“.

Das ganze Versteckspiel von der „Erbchaft“, so, wie es die sozialdemokratische Propaganda verstanden haben will, ist ein ausgelegter und trecher Schwindel, um die betrogenen Wähler zu täuschen und bei der Stange zu halten.

Da dieser Schwindel aber notorisch betrieben wird, und es uns darauf ankommt, sozialdemokratischen Anhängern den wirklichen Sachverhalt klarzulegen, einige Worte dazu:

Richtig ist, daß Hermann Müller sehr viel vom Bürgerblut übernommen, wenn man will, geerbt hat. Z. B. das von Seeverings Vorgänger, dem deutschnationalen Junker v. Reubell vorbereitete Verbot des RWB, den Panzerkreuzerbau und die Nichteinsetzung von fünf Millionen für Kinderpflege in den Etat. Außerdem ein rundes Duzend reaktionärer Gesekentwürfe des Bürgerbluts, zu dessen Erledigung dieser infolge der Neuwahl nicht gekommen ist. Darunter die Verschlechterung des Vereinsgesetzes, das soeben von der Reichsregierung wieder dem Reichstag zugeleitet wird, und andere sozialreaktionäre Maßnahmen.

Das ist ohne Zweifel ein übernommenes Erbe des Bürgerbluts. Aber keinem Arbeiter kann man einreden, daß dazu ein Zwang bestand; es geschah freiwillig!

Was nun das „ererbte“ Defizit in der Reichskasse betrifft, zu dessen Bedienung Hilferding zuerst einen Kredit bei den Großbanken in Anspruch nahm und nachher die berühmte Steuererzielungsanleihe auflegte, so ist hierzu zu sagen: wenn in früheren Jahren durch Verschwendung von Steuergeldern zugunsten der militärischen Rüstungen und kapitalistischer Subventionen oder durch eine allzu „großzügige“ Finanzpolitik überhaupt die Reichskasse bis an den Rand des Bankrotts gebracht wurde, so sollte man annehmen, daß dieses einem so großen „Finanztheoretiker“, wie es Hilferding sein will, schon bei der Aufstellung seines Etats veranlassen mußte, dementsprechend die Ausgaben zu kürzen, der Bewilligungsfreudigkeit bei imperialistischen und anderen Zweckausgaben Hemmungen zu bereiten und schließlich

neue „Beizsteuerquellen“ zu finden.

Dem Herr Hilferding will ja auch „Sozialist“ sein, was wenigstens viele Wähler seinerzeit glauben, woraus sie schließen, daß nach dem 20. Mai 1928 der Bürgerbluturs sein Ende erreicht habe. So aber legte Hilferding einen Etat vor, der sich nur durch noch größere arbeiterfeindlichkeit von dem des Bürgerbluts unterscheidet, wenn man sich nicht durch unwesentliche, in der imperialistischen Generallinie unmaßgebliche kleinere Änderungen täuschen läßt.

Ganz gleichgültig ist es letzten Endes, in welchem Haushalt oder in welcher Kasse das Defizit ist. Aber selbsterwehnt hat anscheinend Herr Hilferding erst das Defizit entdeckt, als die Staatsberatungen

Unsterbliche Opfer . . .



Eugen Leviné zum Gedächtnis (Zum 10. Jahrestage seiner Ermordung)

Von K. Meyer-Breslau.

Zehn Jahre sind's,
Daß feige Mörderhand
Dich uns entriß!
Zehn Jahre voller Kampf,
Voll Opfer, voller Mut,
In denen wir noch nicht zum
Zweiten Male konnten hissen

Das Banner, für das floß Dein Blut!
Noch leben ungestraft die Henker,
Die an der Stadelheimer Zuchthauswand
Gemeuchelt Dich, Du, der Kommune Lenker.
Noch rast zur Sühne nicht der rote Brand,
Doch ist nicht unnütz das Jahrzehnt verflossen.
Es wächst die Kampfschar auf zu wucht'ger Höh'.
Aus Deinem Blute ist sie auch entsprossen,
Dein Geist auch lebt ihr, Eugen Leviné!
So denkt sie Dein heut, großer Kommunarde!
Denkt Dein in unablässig rotem Tun,
Grüßt mit dem Schwure Dich der blutigen Standarte!
Den Henkern Tod! Wir bauen wieder die Kommun'!

sich ihrem Abbruch zuneigten. Das anzunehmen ist natürlich falsch. Herr Hilferding war von vornherein seine Kassensituation bekannt, und er hat nur bei der Auflegung des Etats deshalb geschwiegen, um — trotz „Notjahr“ — ohne Schwierigkeiten alle Forderungen und Wünsche des Trutz und der Militaristen etatsmäßig festzulegen.

Nicht die Erbchaft der Vergangenheit, sondern die Fortsetzung und Uebertrumpfung der Staatspolitik des Bürgerbluts haben den Finanzbankrott der Reichsregierung und ihres Finanzministers offenbart gemacht. Das kann man nicht oft genug unterstreichen.

Jeder politisch denkende Arbeiter weiß, daß die Bestehenden steuerlich schon unter dem Bürgerblut außerordentlich begünstigt waren, trotzdem ihr Reichtum in dem letzten Jahre ungeheuerlich gewachsen ist. Ihnen hat Hilferding darüber hinaus Steuern geschenkt oder ermäßigt, ihnen die steuerfreie Anleihe besichert. Sie erhalten aus den Steuergroschen der Arbeiter Kredite und Subventionen. Hier wären aber die Geldquellen, aus denen ein Defizit allein gedeckt werden könnte, wie es die Millionärsteuer der Kommunisten vorschlag.

Der sozialdemokratische Finanzminister kennt aber nur Erhöhung und Höhererschätzung von Massensteuern. Hier weiß er eine halbe Million herauszuholen.

Jeder Arbeiter weiß auch, daß Militär und Polizei allein im Reichsetat weit mehr als eine Milliarde verschlingen. Hinzu kommen die Millionen Ausgaben für versteckte Luftstellungen, für die Agrarier, für Leno, Kirche, Justiz und die hohe Beamtenbürokratie.

Hier konnten Abstriche gemacht werden, wenn es galt, ein Defizit zu decken.

Statt dessen mußte die Sozialpolitik daran glauben, die ja schon seit langem ein Kampfsobjekt der reaktionären Parteien ist.

Daß die Sozialdemokratie selbst in dieser Richtung nichts unternahm, tragt nicht nur ihre Worte und Versprechungen an, sondern kennzeichnet auch ihre Willfährigkeit gegenüber der Bourgeoisie und das Regimeverhältnis. Gleichzeitig erledigt sich damit auch das Mär-

chen von der Erbchaft. Läßt man es gelten, so ist es außerdem Beweis gegen die Koalitionspolitik und die angebliche Bedeutung der Reichstagswahlen. Denn wenn eine solche Mandatsvergebung im Reichstag, wie sie der 20. Mai 1928 brachte, Erbchaften der Vergangenheit nicht beseitigen konnte, also die alte Politik fortgesetzt werden „muß“, dann fragt sich mit Recht jeder Arbeiter:

Warum dann der ganze Wahlrummel?

Auch das ist natürlich richtig, denn die Sozialdemokratie verzichtet nicht nur freiwillig auf jede wirkliche Vertretung von Arbeiterinteressen, sondern ist auch der Gefangene ihrer staatsbejahenden Politik und damit der diese Republik beherrschenden kapitalistischen Klasse. So war denn auf dem Magdeburger Parteitag auch keine Rede mehr vom „Notjahr“, und von der „Erbchaft“, dafür um so mehr von dem Wert der Demokratie für den „wachsenden Sozialismus“. Das ist das Prinzip, und das andere ist die Praxis. Da die Praxis wenig überzeugend für das Prinzip wirkt und nicht, deshalb muß das Volk mit solchen Märchen bei guter Laune gehalten und betrogen werden. Oder mit anderen Worten:

Die sozialdemokratischen Minister und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erfüllen gehoramt die Befehle des Großkapitals und der Großbanken gegen die Arbeiterklasse. Damit diese möglichst lange getäuscht wird, und die herrschende Klasse die reichen Früchte der neuen Aera der Koalitionspolitik einheimen kann, wurden beide

Märchen für die politischen Kinder der Republik erfunden.

Doch das alles wird die SPD vor der kommenden Abrechnung nicht retten. Mit keiner Regierung, das ist heute schon klar, wird die Arbeiterklasse so grünlich abrechnen, wie mit dieser. Unsere Aufgabe wird es sein, die betrogenen und enttäuschten Proletarier zu sammeln, ihrer Verbitterung und Empörung politischen Inhalt zu geben und sie gemeinsam mit dem revolutionären Teil des Proletariats, unter Führung der kommunistischen Partei, zum Sturz dieses Systems zu führen.

Die Frauen im Textilarbeiterkampf

Nach bürgerlicher und sozialdemokratischer Auffassung sind die Frauen zweiter Klasse. Um zu zeigen, daß die schlechten Arbeiterinnen im Kampfe der Textilarbeiter eine durchaus aktive Rolle spielen, und die oppositionellen Kolleginnen Schulter an Schulter mit den Männern für Lohnverhöhung und gegen reformistischen Verrat kämpfen, veröffentlichen wir die Teile aus der auf der Konferenz der werktätigen Frauen in Schwabmühl gepflogenen Diskussion, die Bezug auf den Textilarbeiterkampf nehmen. (Die Red.)

Die Kollegin B. Vandenbusch hat u. a. aus: Während des Textilarbeiterkampfes geloben wir Textilarbeiterinnen, der Gewerkschaftsleitung fest auf die Finger zu sehen. Der Textilarbeiterverband bildet sich ein, Helfer zu sein oder um die Arbeitsbedingungen der Frauen kümmert er sich herzlich wenig.

Kollegin F. Peterswaldau: Ich möchte kurz nur einiges über die Lage des Streiks in Peterswaldau sagen. Die Peterswaldauer Gewerkschaftsleitung hat es erst am Montag für nötig gefunden, eine Streikversammlung einzuberufen. Natürlich haben die Gewerkschaftsbezirke bereits vorher im enghen Kreise eine Besprechung gehabt. Unsere aktiveren und tüchtigsten Genossen werden in der unerhörtesten Weise provoziert, indem ihnen gesagt wird, daß jetzt der „schöne Monat Mai“ wäre, und die Ruhe und Ausspannung unserer Frauen „skandalös“ ist. Wir sind ihnen natürlich die richtige Antwort nicht schuldig geblieben.

Kollegin D. G. S. D. L.: Bei uns in G. S. D. L. sind auch fünf Betriebe, die geschlossen sind. Wir haben baraufhin sofort eine Streikversammlung von der Opposition einberufen, die wir leider aber wieder verschließen mußten, da der Textilarbeiterverband eine solche einberufen hatte. In dieser wurde in der unerhörtesten Weise auf die kommunistische „Arbeiter-Zeitung“ und die Flugblätter der K. P. D. gehet.

Kollegin F. Wüstegiersdorf: Von seiten der Gewerkschaftsbezirke wird mit allen Schikanen versucht, die Versammlung der

Opposition zu verhindern. Der Gewerkschaftsbezirk kam im Auto mit zwei Polizisten angesetzt und erklärte unserem Leiter, der K. P. D. sei verboten, und deshalb müsse er auch die Versammlung verbieten (1). Wir haben ihm die richtige Antwort darauf gegeben; denn schließlich ist die kommunistische Partei immer noch eine legale Partei, die sich nicht so schnell verbieten läßt. Daraufhin haben die Bezirke Plakate kriechen lassen mit der Aufschrift: „Achtung, Textilarbeiter, diese heutige Versammlung hat nichts mit dem Textilarbeiterverband zu tun.“ Wir waren aber auf dem Posten. Sofort wurde ein mindestens dreimal so großes Plakat als das der Bezirke angefertigt mit folgender Aufschrift: „Aber mit dem Kampf der Textilarbeiterinnen! Darum erscheint in Massen!“ und unter allgemeinem Gelächter der oppositionellen Gewerkschaftsmitglieder neben dem von den Bezirken beschlagnahmten Plakat natürlich stattgefunden. Aus dieser Versammlung sind dann die Delegierten zur heutigen Konferenz gewählt worden. Der K. P. D. Bezirke hatte wegen der Sammlungen unter den Textilarbeiterinnen großen Krach geschlagen, und äußerte sich in folgenden Worten: „Es wäre eine Schande, den Arbeiterinnen den letzten Wink ab der Tasche zu ziehen.“ Unsere Antwort auf diese Forderung war, daß die Textilarbeiterinnen einsehen, wie notwendig es ist, gerade die Frauen zu dieser Konferenz heranzuziehen. Unsere Kolleginnen haben unter unerhörten Schikanen der Betriebsleiter zu leiden. Eine Arbeiterin wurde gezwungen, die größten Vredarbeiten zu verrichten, weil sie sich geweigert hatte, einen sehr hoch liegenden und für sie unerschwingbaren Stapel Klementzweigen fortzutragen. Auch besteht ein Verbot im Betriebe, daß kein Fenster geöffnet werden darf. Beschwerden sich die Arbeiterinnen, so erhalten sie zur Antwort: „Wem es nicht paßt, der soll zu Hause bleiben.“ Auch im Betriebe sieht man beschweren sich die Arbeiterinnen über die Schikanen seitens der Betriebsleiter. Die Arbeiterinnen sollen eben nach deren Pfeife tanzen. Aus all diesen Ausführungen ersehen wir, mit welcher Brutalität gegen die Frauen im Betriebe vorgegangen wird. Wir müssen dafür sorgen, daß solche Mißstände abgestellt werden.

es den Kampf gegen die Opposition gilt, geht aus folgender Arbeiterkorrespondenz hervor:

Holz-Bürokrat soll seinen Einheitskollegen helfen
(Von unserem Arbeiterkorrespondenten (Donkendon))
Genosse Stoffel verteilte zu den Betriebsrätemapfen bei dem heutigen Ausbesserungsmittel Stimmzettel der Opposition. P. 2. 3., der durch diese Wahl aus seiner Ruhe gebracht wurde, stellte darauf durch ein Schreiben, welches er der Bauleitung und der Betriebsleitung des Deutschen Holzarbeiterverbandes übermittelte, ganz einfach den Antrag, Stoffel auszuschließen. Stoffel ist 24 Jahre Mitglied im Holzarbeiterverband. Wir können dem kleinen Verneinung mitteilen, daß das Statut des Deutschen Holzarbeiterverbandes nur für Mitglieder des Holzarbeiterverbandes geschlossen wurde. Demzufolge hat niemand, der außerhalb dieser Organisation steht, das Recht, Ausschlußanträge zu stellen, auch dann nicht, wenn es ein sogenannter „Hochgebildeter“ Angestellter P. 2. 3. ist.

Im Interesse einer ungeführten Koalitionspolitik der sozialdemokratischen Minister wollen die Gewerkschaftsbürokraten den Verband von allen oppositionellen Kollegen laudern, weil diese versuchen, Kämpfe für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu organisieren. Kollegen, laßt den Ausschluß der oppositionellen Klassen Genossen nicht zu Schert auch enger denn je um die Opposition! Proletariat gegen den Spaltungskurs der reformistischen Gewerkschaftsbürokraten!

„Selbst der Wirtschaft! Raut' Strümpfe, Kragen!“ So sprach Timm in der Metallarbeiter-Versammlung Osnabrück

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten (Donkendon))
Am vergangenen Sonntag fand im Schützenhaus die jährliche Metallarbeiter-Versammlung statt. Auf der Tagesordnung standen: Kassenbericht, Vortrag (Kollege Timm v. Breslau) und Verschiedenes. Am Kassenbericht ließ sich nichts beanstanden. Timm sprach über das Wirtschaftsleben in Deutschland. Er führte unter anderem die Erwerbslosigkeit an und meinte, die Zahl der Erwerbslosen sei in erheblichem Maße gestiegen. Weiter führte er die angeblichen großen Schwierigkeiten der kleinen und obersten Unternehmer an, deshalb sei es außerordentlich schwer, die Löhne der Arbeiter so hoch zu bringen wie im Reich. Dann sprach er über die Verhandlung mit Polen, die Reparationsverhandlung in Paris, das Zinswesen, und zuletzt empfahl er, die Produktion selbst zu heben (1) dadurch, daß man mehr kaufen soll, z. B. Strümpfe, Kragen usw. In der Aussprache sprach Timm über die Jubiläumsfeierung und Kollege Prudlik zur Erwerbslosenfrage. Letzterer sagte, wie man auf der einen Seite die Erwerbslosenversicherung abbaut und auf der anderen Seite für Kirche und Reichwehr den Etat erhöht.

Schändliche Vereinbarung bei der Reichspost

Die Gewerkschaftsvertreter haben mit der Reichspost eine freile Vereinbarung abgeschlossen, die dem schändlichen Schiedsgericht für die Reichspostarbeiter entspricht. Die Vereinbarung mit der Reichspost befaßt die Er und Lohn werden vom 31. März 1929 an für die Lohngruppen 1 bis 7 im Lohngebiet 1 um 4 Pfg., Lohngebiet 2 und 3 um 3 Pfg. die Stunde erhöht. Für die Lohngruppe 8 betragen die Grundlöhne 75 Prozent von der Lohngruppe 7. In den Orten mit Ortslohnzuschlägen beträgt die Erhöhung des Stundenlohnes bis zu 6 Pfg. Der Zuschlag für Sonntagsarbeit ist auf 20 Prozent erhöht worden. Im Krankheitsfalle, der länger als drei Tage dauert, wird vom vierten Tage an, je nach der Beschäftigungsdauer, bis zu 12 Wochen ein Zuschlag zum Krankengeld in der Höhe gewährt, daß sich einschließlich der vollen reichsgesetzlichen Leistungen der gleiche Betrag ergibt, der vor der Erkrankung zur Auszahlung gelangte. Für die Arbeiter mit mehr als 15 Dienstjahren und einem Lebensalter von über 40 Jahren wurde der Urlaub auf 21 Tage erhöht.

Diese Vereinbarung ist für volle zwei Jahre abgeschlossen worden, sie soll bis zum 31. März 1931 Geltung haben. Es ist aber ausgeschlossen, daß sich die Postarbeiter mit den eisdenden Lohnzulagen bis zum März 1931 begnügen können. Je mehr sich die Politik der Müller-Regierung in der Verteuerung der Lebenshaltungskosten ausweitet, um so härter werden die Postarbeiter fühlen, wie sie betrogen worden sind und erkennen, daß sie gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie kämpfen müssen.

Großer Tabakarbeiterstreik in Bulgarien

Am das internationale Proletariat, an alle Arbeiterorganisationen der Welt!
Genossen und Genossinnen!
Seit dem 17. Mai stehen die Tabakarbeiter von Paskowo im Streik. Ihr Kampf geht um Lohnverhöhung von 25 Prozent, ihre Zahl beträgt 7000. Enthusiasmus und Kampfwille der streikenden Arbeiter ist sehr groß. Kein einziger Streikbrecher hat sich gefunden und selbst der Terror der faschistischen Behörden ist nicht imstande, den heroischen Kampf zu erschüttern.
In Gro-Dere und Ustowo streiken ebenfalls 3000 Tabakarbeiter. In Philippopol, wo 12 000 Arbeiter in der Tabakindustrie beschäftigt sind, sind dieselben Forderungen wie in Paskowo aufgestellt worden. Die Arbeitgeber sind heute aufgefordert worden, sich zu den Forderungen zu äußern, aber es ist sicher, daß sie sich auf die faschistische Diktatur stützen werden und die Forderungen ablehnen, so daß der Streik dort noch heute ausbreiten wird.
In Stanimaka, wo 2000 Tabakarbeiter, und in Rajlowo, wo 1000 Tabakarbeiter beschäftigt sind, ist der Streik nur eine Frage von Stunden.
Die Erregung der Tabakarbeiter von Sofia und Dymniza ist groß, und auch dort steht der Streik bevor. Wenn Ihr diesen Appell lesen werdet, wird die Zahl der Streikenden mehr als 30 000 betragen. Arbeiter aller Länder! Ihr wißt, unter welchen schweren Umständen die bulgarischen Arbeiter unter dem Regime der faschistischen Diktatur leben müssen.
Seit 6 Tagen macht diese Diktatur die äußersten Anstrengungen, um den Kampf der Arbeiter mit Feuer und Schwert zu brechen. Aber umsonst. Dieser für bulgarische Verhältnisse gigantische Kampf, der in der Geschichte der Arbeiterbewegung Bulgariens seinesgleichen nicht hat, zeigt, daß das kämpfende Proletariat Bulgariens auf seinem Posten in der Front des internationalen Proletariats steht. Der Ausgang dieses Kampfes hat eine ungeheure Bedeutung für die Arbeiterbewegung, für die Kämpfe der Arbeiterklasse bei uns. Um aber diesen Kampf erfolgreich zu beenden, ist die moralische und materielle Unterstützung des internationalen Proletariats unbedingt notwendig.
Daher rufen wir einen warmen, brüderlichen Appell an die Arbeiter und Arbeiterinnen in allen Ländern und an ihre Organisationen, die kämpfenden bulgarischen Tabakarbeiter nach ihren Kräften zu unterstützen.

Krise in der schlesischen Stein- und Glasindustrie?

Durch die Presse geht eine Notiz, in der die angebliche Not der schlesischen Steinindustrie behandelt wird. Die Notiz lautet:

„Nachdem die schlesische Steinindustrie nach einem überaus glücklichen Geschäftsjahre im Jahre 1928, infolge völliger Absatzstörung, zu der noch die anormalen Witterungsverhältnisse im Winter beigetragen haben, sich in eine Krise begeben hat, die im Januar 1929 bis etwa Mitte März 1929 hatte stilllegen müssen, konnte gehofft werden, daß mit Einsetzen der diesjährigen Bauperiode auch eine einigermaßen befriedigende Beschäftigung für die schlesische Steinindustrie eintrüben würde. Leider hat sich diese Hoffnung nicht erfüllt. Die Lagerplätze sind überfüllt, und der geringe Auftragsbestand reicht nur für verhältnismäßig kurze Zeit aus. Der Grund hierfür liegt einmal in der finanziellen Notlage der wegbaupflichtigen Behörden, dann in der vermehrten Verwendung sogenannter neuerlicher Straßenbeden, was im wesentlichen auf die finanzielle Notlage, die zum Spätere nötig, zurückzuführen ist, und schließlich darin, daß auch in diesem Jahre wiederum einige außerschlesische Bauhöfen fast ihren gesamten Pflastersteinbedarf an die schlesische Steinindustrie vergeben haben. Es ist deshalb, wenn nicht bald Aufträge in größerem Umfange eingehen, die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß die Industrie — was bisher noch nie der Fall gewesen ist — in diesem Jahre in einer Zeit zu Betriebsbeschränkungen, ja vielleicht Stilllegungen wird zwingen müssen, in der normalerweise die Hauptverlängerung stattfindet.“

Eine ähnlich klingende Meldung wird auch über die Glasindustrie des Riesengebirges verbreitet. Unter dem Hinweis darauf, daß in mehreren Ländern Glasindustrien entstanden seien und die deutsche Glasindustrie demzufolge gegen eine große Konkurrenz anzukämpfen habe, wird mitgeteilt, daß die größten drei Glasfabriken des Riesengebirges, die Josephinenhütte in Schwabmühl, Federt in Petersdorf und Keumann & Söhne in Hermstorf u. Rynast,

ble zu der Josephinenhütte - A. G. zusammengeschlossen sind, 600 Arbeiter entlassen haben bzw. bis Mitte Juni entlassen werden. Mehrseitig wird in der Notiz gesagt, daß Mitte Juni nicht etwa die entlassenen Arbeiter wieder eingestellt werden, sondern die noch beschäftigten, ebenfalls etwa 800, zur Entlassung kommen werden.

Das Lied, das die Stein- und Glasindustriellen jetzt plötzlich aufstimmen, ist nicht neu. Auch die schlesischen Textilfabriken haben kurz vor Beginn des Kampfes über ihre angebliche Notlage geklagt und etwa 10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen auf Straßenspaziergängen geworfen. Wohl ist nicht abzustreiten, daß der Konkurrenzkampf in einer sich immer mehr verschärfenden Form geführt wird. Doch ebenso ist es Tatsache, daß die Dividenden und Gewinne der Unternehmener keinesfalls gesunken sind.

Die Arbeiter in den Industrien, in denen die Unternehmer von besonderer Not reden, haben keine Veranlassung, sich durch dieses Geschrei vom Kampf um höhere Löhne abhalten zu lassen. Die Unternehmer fragen niemals danach, ob es dem Arbeiter möglich ist, mit seinem Hungerlohn auszukommen. Was soll das die Arbeiter Mittel mit den Unternehmern haben, insbesondere, wenn es den Unternehmern nur angeblich, aber nicht tatsächlich schlecht geht?

Die Entlassungen im Riesengebirge sind ebenso wie die seinerzeit vorgenommenen Entlassungen in der Textilindustrie nichts weiter, wie ein Einschüchterungsversuch der Arbeiter, die sich in einer Lohnbewegung befinden.

Arbeiter, laßt euch von dem Flagedel über die „Not der deutschen Wirtschaft“ nicht einfallen. Organisiert unter Führung der Opposition und der kommunistischen Partei den Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, für die Beseitigung der anarchischen „Ordnung“ und Einführung der Planwirtschaft, wo jeder Werkstätige Arbeit und Brot haben wird.

Sozialwahlen bei der Reichsbahn

Eisenbahner, wählt die Liste der revolutionären Opposition!

Am Montag, dem 24. Juni, finden die Wahlen zum Ausschuss der Reichsbahnarbeiterpenalinstanzklasse statt. Die revolutionäre Opposition tritt auch bei dieser Wahl mit eigenen Listen in den Wahlkampf. Das selbständige Auftreten der Opposition ist notwendig, um auch auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung gegen die Arbeitgemeinschaft der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie auf dem Gebiete der Sozialpolitik eine Brezje zu schlagen. Der Sozialgenuss der K. P. D. der A. P. L. der den Vorsitzendenvertretern in der Hauptversammlung im Dezember 1928 vorgelegt wurde, war in der Hauptsache in den Dunkelkammern zwischen den Tarifgewerkschaften und Vertretern der Hauptverwaltung fertiggestellt und eine Einigung zwischen den Parteiführern erzielt. Die Änderungsanträge zur Verbesserung der einzelnen Paragraphen wurden sämtlich abgelehnt, da auf Grund des § 13 der Geschäftsordnung der Vorstände als Vertreter der Verwaltung gegen zwölf Stimmen auf sich vereinigt wie die Vertreter der Beschäftigten!

Kollegen! Eisenbahner! Mit diesem Zustand muß gebrochen werden. Die Leitung des Einheitsverbandes der Eisenbahner ist bei der Beratung zum Satzungsantrag Schritt für Schritt vor dem Angriff der Hauptverwaltung, welche von der gesamten Eisenbahnerklasse gewählt wurde, zurückgewichen. Wenn hat der E. V. verlagert bei der Schaffung der Einheitsliste. Statt einer Vereinfachung der Verwaltung hat man dieselbe noch weiter ausgebaut. Die Opposition wird also durch besondere Anträge eine Verbesserung der Satzungen erreichen müssen und mit aller Schärfe gegen die Hauptverwaltung und ihren reaktionären Vorgesetzten vertreten. Deshalb, Kollegen Eisenbahner, tritt die revolutionäre Opposition mit eigenen Listen auf. Nehmt als bisher müssen sich die Eisenbahner an die Reichsbahnarbeiterpenalinstanzklasse kümmern. Energischer müssen die Interessen der zahlenden Mitglieder vertreten werden. Deshalb schließt mit allen Halbheiten. Die schweren, vor der gesamten deutschen Arbeiterklasse stehenden Aufgabe gegen den Ansturm der sozialpolitischen Reaktion die Gewerkschaftsbürokraten aller Berufsverbände fassen, wenn

müssen auch von einer geschlossenen, einheitlichen, klassenbewußten Front der Eisenbahner geführt werden. Deshalb wählt die Liste der „Revolutionären Opposition“ (Einheitsliste der Eisenbahner), deren Spitzenkandidaten für die Landesliste (Kassensbereich) sind:

- Josef Jürg, Berlin;
- Max Jeremias, Radeberg;
- Otto Kammath, Magdeburg;
- Anton Stupp, Weisberg;
- Ernst Kalg, Berlin;
- Josef Mosa, Weitzen DE.;
- Wilhelm Sals, Köln;
- Friedrich Jendroff, Hildesburg;
- Otto Dreck, Braunsfeld;
- Stanislaus Dreßla, Schwabmühl.

Die Bürokraten des Einheitsverbandes nehmen Absche

Das offene Auftreten der revolutionären Opposition bei den Betriebsratswahlen bei der Reichsbahn hat den reformistischen Gewerkschaftsbürokraten einen unheimlichen Schreck eingejagt. Raum waren die Wahlen abgeschlossen, schon legte eine Ausschlußkampagne ein. Das sozialdemokratische „Volkswort“ schrieb in einer Wahlbetriebsung am 26. Mai u. a.:

„Es ist die höchste Zeit, daß mit diesen revolutionären Nachkollegen ein ernstes Wort gesprochen wird. Die gewählten sind längst nicht mehr in eine freie Gewerkschaft. Die Kandidaten der oppositionellen Liste müssen im hohen Maße fliegen.“

Der Drohung ist die Tat auf dem Fuße gefolgt. Wie einig sich

Ruhhandel um den Breslauer Etat perfekt

Einheitsfront von der Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten — Die „Linten“ bewilligen noch nachträglich 100000 Mark für die Ständeschulen — Gas, Wasser, Elektrizität und Miete werden erhöht

Breslau, 6. Juni.

Gestern Abend tagte der Ausschuss 8 der Stadtverordnetenversammlung. Eine Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten beschloß: Erhöhung des Gaspreises um 2 Pfg. (Mehreinnahme 1.040.000 Mark), Erhöhung der Elektrizitätsrate um 2 Pfg. (Mehreinnahme 552.000 Mark), Erhöhung des Wasserpreises um 2 Pfg. (Mehreinnahme 811.000 Mark). Weiterhin werden erhöht: die Grundvermögenssteuer um 10 Prozent (die Folge dürfte eine noch stärkere Steigerung der Mieten sein) und die Gewerbesteuer vom Ertrage um 20 Prozent, während man die Bereinigung der Schiefer-Karten der Straßenbahn auf tatsächlichen Gründen fallen ließ.

Außer diesen „Ueberraschungen“ für die sozialdemokratischen Wähler brachte die Ausschussung noch eine neue (auf die allerdings die „Arbeiter-Zeitung“ gestern schon vorhergesagt hatte): die Sozialdemokraten fanden sich tatsächlich bereit, den „Privaten Schulen“, Werkstätten Druckstätten des Nationalismus und der Kulturreaktion, für die sie in einer der letzten Sitzungen mit bombastischen Worten den Zuschuß abgelehnt hatten, doch noch nachträglich 100.000 Mark (einhunderttausend) Mark zu bewilligen. Ein erbärmlicher Umfall dieser sich „links“ gebärdenden Gesellen, für den um so weniger eine Entschuldigung gefunden werden kann, als dieselben selbst die Argumente ausbrachten, die eine Bewilligung „unmöglich“ machen. Die Sakken-Krumm-Niesch haben nämlich gelernt. Aus dem Rat der Ratiossele — ein in die Kartoffeln. Alles den gutbezahlten Magistratspöken zuliebe. Ja, ja, Ma che ist nicht umsonst Bürgermeister geworden. Die sozialdemokratischen Arbeiter, die sich so freuten, daß einer der „Ihren“ Bürgermeister wurde, sehen jetzt, wohl in diese Verfassung mit dem kommunalen Beamtenapparat führt.

Nachdem so die Wünsche der Deutschnationalen und des Zentrums erfüllt — und, wie wir zuverlässig wissen, gleichzeitig von der SPD. in Aussicht gestellt worden war, auch noch nachträglich den gestrichenen Zuschuß für die Luftschiff wieder einzusetzen — hatten die Bürgerlichen keinen Grund mehr, gegen den Etat zu sein. Sie werden deshalb in der heutigen Stadtverordnetenversammlung für denselben stimmen.

Die komunistischen Stadtverordneten werden noch einmal das Wort nehmen, um den ungeheuren Betrag, die erbärmlichen Mäntel, die von allen blügerlichen Parteien, einschließlich, ja unter Führung der SPD., an der werktätigen Bevölkerung begangen wurden, anzuprangern. Wieder mit denen,

die zuerst Not hätten, die ein solch elendes Spiel mit euch treiben! Arbeiter, erkennt, daß nur die kommunistische Partei eure Interessen vertritt.

Die gestrige Generalversammlung der SPD

in der Sakken und Biegler den Bericht vom Magdeburger Parteitag gaben, verließ besonders in der Diskussion derart kümmerlich.

Die Stadt tauscht mit der Kirche:

133700 qm gegen 6296 qm

Und muß trotzdem noch über 5000 Mark zahlen — Ein unverantwortliches Magistrats-Projekt

Deshalb geheime Beratung

Uns wird, gemäss dem fünf Minuten vor Zwölf, ein Gelände-Austausch-Projekt bekannt, das heute nachmittag in der Stadtverordnetenversammlung endgültig beschlossen werden soll und das zum schärfsten Protest herausfordert, ist es doch ein Musterbeispiel, mit welcher Unverantwortlichkeit gewisse Stellen beim Magistrat das Eigentum der Stadt in den allzeit zum Fraß geöffneten Rachen der Kirche werfen.

Es handelt sich hierbei um folgende Tatsachen: Die katholische Kirchengemeinde St. Adalbert ist „Eigentümerin“ des alten Friedhofes an der Adalbertstraße — Prälatenweg. Richtig gesagt, hat sie dieses Gelände sicher auf die in früheren Jahrhunderten kirchlicherseits übliche Weise ertrast. Das hindert die Kirche im allgemeinen und ihren hiesigen Adalbert-Abteiler im besonderen aber nicht, heute mit dem auf die oben angegebene Weise zusammengetragenen Besitz Geschäfte zu machen. Und zwar will die Adalbert-Gemeinde den betreffenden Friedhof gegen ein Gelände in der Lintener und gegen einen Kirchbauplatz in Zimpel eintauschen. Dieser Tausch soll folgendermaßen aussehen:

Die Stadt berechnet den der Gemeinde gehörenden Boden den Quadratmeter hin ter der Straßenfluchtlinie liegenden Grund, also Baugelände, mit 30 Mark; insgesamt sind das 1891 Quadratmeter gleich 56.730 Mark. Die vor der Fluchtlinie liegenden 4405 Quadratmeter Straßengelände werden zu je 15 Mark berechnet, macht 66.075 Mark, oder beide Gelände zusammen 122.805 Mark. Dieser verhältnismäßig hohe Preis ist sehr auffällig, um so mehr, als die Stadt ja unter Ausnutzung der gesetzlichen Bestimmungen jederzeit die Möglichkeit hat, Gelände, dessen sie bedarf, im Zwangsverkauf gegen eine bestimmte unter dem freiwillig angebotenen Preise liegende Summe enteignen zu lassen. Aber daran denken die die Angelegenheit bearbeitenden Stadtbaurat Behrendt und Magi-

strat Dr. Friedländer nicht. Im Gegenteil, Sie stellen ein Austauschprojekt zusammen, das ein einziger Standes ist. Man höre:

Während man der Gemeinde den ihr „gehörenden“ Boden mit 30 Mark bezahlen will, legt man den der Stadt eigenen Boden in Zimpel, den die Gemeinde zur Anlage eines Friedhofes (an dem sie noch von den Toten verdient) haben will, mit ganzen 80 Pfennig pro Quadratmeter in Rechnung.

Und für den Kirchbauplatz, also wertvolles Baugelände, werden nur 2 Mark pro Quadratmeter berechnet. Im ganzen handelt es sich um 125.000 Quadratmeter a 80 Pfennig gleich 100.000 Mark und um 8700 Quadratmeter a 2 Mark gleich 17.400 Mark, so daß die Stadt, obwohl sie 108.700 Quadratmeter gegen nur 6296 eintauscht, noch 4405 Mark der Gemeinde Adalbert schulbig bleibt. Das heißt, daß die Kirche ein ungeheures Boden-Spekulationsgeschäft abschließen will und daß ihr dabei vom Magistrat Hilfsdienste geleistet werden. Wahrscheinlich merken die für diese Vorlage verantwortlichen Beamten aber das vor der Öffentlichkeit Unverantwortliche ihres Tun selbst.

Weshalb sie — beziehungsweise — die Vorlage in die heutige geheime Sitzung der Stadtverordnetenversammlung überweisen haben. Warum das?

Der Fall schien uns im allgemeinen Interesse so wichtig, daß eine Befragung der für „geheime Vorlagen“ geltenden Schwelgerbot ein Verbrechen gewesen wäre. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion wird die Geheimnisräuberin der, natürlich an einer öffentlichen Diskussion vollkommen uninteressierten kirchlichen Dummheit zusammenhängen machen und beantragen, daß dieser Punkt heute in der öffentlichen Stadtverordnetenversammlung behandelt wird.

Polizeihauptmann Kulicke berichtet über Rot-Front neueste Schredensstaten

Wohlgut, daß die polizeipräsidentenlose, die schredliche Zeit bald vorüber ist. Denn diese roten Frontkämpfer, die vom juristischen Standpunkt aus gesehen überhaupt kein Recht mehr haben zu leben, die laut Verbot tot, mausest, ja am mausetotesten zu sein hätten, die werden von Tag zu Tag frecher. Hören Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, was dieses ausgelagerte Aufrührerpack heute nacht wieder angefaßt hat:

Im Westen, in der Friedrich-Wilhelm-Straße, befindet sich das Polizeirevier 24. An der Haustür weist ein großes schönes weißes Emailschild darauf hin, daß hier eine feste Burg der staatsbürgerlichen Ordnung ist. Und was meinen Sie, was die roten Frontkämpfer machen? Sie kommen nachtscherweise angeschlichen, mit Pfäfen und Kieftertapf und kleben ein Plakat über das Schild. Und als dann Passanten vorbeikommen, müssen sie folgendes lesen:

Polizeipräsidentium
Hier tagt der Rote Frontkämpferbund!
Barrikadenkämpfer können sich hier melden.

Bedauerlich, daß das sonst anständige Publikum schon so vom bolschewistischen Bazillus zerfressen ist, daß kein einziger Passant uns ein Wort sagt. Stundenlang klebt das Plakat. Jeder, der vorbeikommt, grinst. Ich sage Ihnen, ganz unverdächtig grinst alles. Macht sich lustig über uns. Und wir bleiben ahnungslos. Fast noch ahnungsloser als wenn wir einen Mord aufstärten sollen.

Später erst merken wir, was los ist. Aber da hat es sich schon im ganzen Westen herumgesprochen. Und als wir endlich zwei Beamte mit Wasser und Schenkerbürste hinausgeschicken, da steht dieses Mebejegegestübel und krümmt sich vor Lachen, daß wir das Plakat nicht abkriegen, weil es so fest geklebt war. Na, ich sage Ihnen: am liebsten wäre es mir gewesen, wir hätten sie hängen können. Mitten mang. Doch das geht leider nicht. Ja, wenn wir einen Dörgel hier als Präsidenten hätten. Hoffen wir, daß wir einmal einen solchen bekommen. Die Breslauer SPD. hat doch auch fähige Leute. Warum jieren sich die Herren denn so?

Nein, entschuldigen meine Damen und Herren. Bekomme eben noch eine Meldung. Was? Auch in Schieftig? Blamabel für uns. Dort hat man liberal riesengroß auf die Straßen gemalt: „Rot Front lebt!“

Das ist Aufrühr, Hochverrat, Majestätsbeleidigung, das ist Verstoß gegen alle 9735 Paragraphen des Strafgesetzes. Und da wollen wir noch ein Rechtsstaat sein? Da schlage doch Sebering drein. Wenn er jetzt nicht alle früheren roten Frontkämpfer radikal emperrt, trete ich noch heute aus der SPD. aus. Das mache ich nicht mehr mit. Ich lag mir nicht durch die Sch... olofade gehen! Tom.

Kabfahrer zu Tode gefahren

Am Dienstag fuhr ein Kollwagen die Kaiserstraße entlang, als ihn ein Kabfahrer überholen wollte. Infolge des schiefen Wagens geriet der Kabfahrer in die Schienen der Straßenbahn und stürzte über das Vorderrad des Wagens, das über ihn hinwegging.

Sonntag

16

Juni

?

Ihm wurde der Kopf vollkommen zermalmt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Da der Tote keine Papiere bei sich hatte, konnten seine Personalien noch nicht festgestellt werden.

Zum Bundestag der Strafanfallsbeamten

Heute beginnt im Gewerkschaftshause der Bundestag der deutschen Strafanfallsbeamten, zu dessen Tagesordnung wir vor einigen Tagen bereits Stellung genommen haben.

Aus einer Statistik des Reichsjustizministeriums geht hervor, daß Deutschland über 1732 Strafanstalten verfügt (Preußen 1026), 2445 Haftsträume gibt es, die nicht einmal beheizbar sind und sogar 13.604 sind nicht zu beleuchten. Am 1. Juli 1927, waren nicht weniger als 82.080 Personen inhaftiert, also rund 1 Prozent der Bevölkerung. Erschreckend hoch ist die Zahl der „geistig Minderwertigen“. Dabei haben von den 813 Kerlen, die in Gefängnissen tätig sind, nur 88 eine psychiatrische Vorbildung; für jene Kranheiten also, die am häufigsten vorkommen, ist die wenigste ärztliche Hilfe vorgelegt. Dagegen ist für die Verbummung reichlich gesorgt. In Preußen z. B., wo nur 318 Kerle vertraglich in Gefängnissen tätig sind, stehen dem 605 vertraglich tätige Geistliche gegenüber. Das ist der Erfolg sozialdemokratischer Koalitionspolitik! Im Jahre 1925 (für die späteren Jahre fehlt noch die Auskunft) gab das Reich 80 Millionen für den Strafvollzug aus. 28 Millionen wurden von den Gefangenen wieder erarbeitet. Im gleichen Zeitraum wurden kumpige 10.000 Mark zur Gefangenenfürsorge verwendet. Wieviel Millionen wären wohl im Jahre 1926 erpart worden, wenn 1925 einige Millionen der Gefangenenfürsorge zugeführt worden wären. Denn es sind gerade die ersten Monate nach der Entlassung, die den Entlassenen in der Not zu neuen Verwahrlosungen treiben. Die sozialdemokratischen Minister haben jedenfalls nicht das Geringste in dieser Hinsicht getan.

Straßenbahn, Auto, Fuhrwerk haken zusammen. Gestern Mittwoch, gegen 9 Uhr, ereignete sich an der Ecke Gräbischer Straße-Hollitzerstraße ein schwerer Zusammenstoß. Ein Privatauto wollte in schiefen Fahrt die Gräbischer Straße überqueren, als vom Sonnenplatz her ein Motorwagen der Straßenbahnlinie 4 heranlam. Der Führer des Kraftwagens versuchte einzubiegen und fuhr dabei in voller Wucht in ein Pferdewagen, dessen Kutscher auf die Straße geschleudert wurde. Das Auto sauste noch in die vordere Plattform des Straßenbahnwagens hinein. Personen wurden nicht verletzt, die Fahrzeuge jedoch wurden erheblich beschädigt. Der Zusammenstoß hatte eine längere Verkehrsstockung zur Folge.

Achtung, Radfahrer! In letzter Zeit nehmen die Fahrrad Diebstähle ungeheurer zu. Dies ist zu einem großen Teil auf die Sorglosigkeit der Besitzer bei der Aufbewahrung der Räder zurückzuführen. Meist werden die Räder ohne Sicherung und Aufsicht stehen gelassen. Den Fahrrad Dieben, die ihre Opfer von der Straße aus beobachten und verfolgen, ist es ein Leichtes, mit dem Fahrrad zu verwechseln. Es empfiehlt sich, Räder stets anzuschließen, und zwar nicht mit einer Kette, da diese von den Tätern durchschneiden wird, sondern mit einem am Fahrrad befestigten Rahmenschloß mit Schlüssel.

Grünhübel. Achtung, Jungarbeiter! Am Sonnabend um 20 Uhr findet im Lokal Berg in Grünhübel eine öffentliche Jugendversammlung statt. Alle Jungarbeiter sind eingeladen, daran teilzunehmen, da wir auch in Grünhübel eine Ortsgruppe des kommunistischen Jugendverbandes gründen wollen.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen:
- Breslau
 - Stadtteil Centrum. Freitag außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 12. Parteitag der SPD. und die kommende Arbeit in unserem Stadtteil.
 - Stadtteil Nordost. Freitag 20 Uhr bei Meisig, Uferstraße, General-Mitgliederversammlung. Referent anwesend.
 - Stadtteil West. Freitag von 17-19 Uhr beim Sanftplasterer alles abrechnen.
 - Stadtteil Ost. Freitag 20 Uhr: Mitgliederversammlung bei Funke, Jobststraße 12.
 - Krollen. Sonnabend 19.30 Uhr bei Wende, Funktorenstraße.
- Kommunistischer Jugendverband
- Breslau
 - „Die roten Räder“. Donnerstag pünktlich 20 Uhr am bekannten Ort.
 - Nord. Sonntag früh 7 Uhr an der Gindenburgstraße, Wittigstraße.
 - Nieder-Salzbrunn. Freitag 19 Uhr treffen sich alle Jugendgenossen beim Wollnen Paul zum Heimabend. Jeder Genosse(in) muß erscheinen. Geste willkommen.
 - Nieder-Salzbrunn. Sonntag Wanderung nach der Kaiserstraße. Wir treffen uns 6.30 Uhr an der Endstation.
 - Unterstadt Waldenburg. Donnerstag 18 Uhr findet eine UBB-Sitzung an der Launter Stelle statt. — Achtung, Jugendgenossen! Rufen zur Sonntagabendfeier! Gedichte und Lieder einbringen! — Die Ortsgruppen müssen sofort Berichtsbogen an Genossen Paul senden. Für Mal abrechnen.
- Jung-Spartakus-Bund
- Breslau
 - Sitzung. Das Rinderbüro tritt Donnerstag 20 Uhr an bekannter Stelle zusammen. Alle betreffenden Genossen müssen unbedingt erscheinen.
- Sonstige Organisationen.
- Breslau
 - Arbeiter-Operanten-Gruppe. Freitag 20 Uhr im Gruppenlokal Monatsversammlung.
 - Schneiderei. Not-Hilfe. Freitag 19.30 Uhr bei Sibel sehr wichtige Mitgliederversammlung. Referent des Bezirksvorstandes anwesend.

2. Fest der Solidarität! Sonntag, 9. Juni, im „Bergkeller“

Doppelkonzert * Fackelzug * Feuerwerk

Der Reinertrag ist zugunsten der ausgesperrten Textilarbeiter

Waldenburger Bergland

Krankenkasse — Vertrauensarzt — Kranter

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Unter der Überschrift „Der böse Vertrauensarzt“ veröffentlicht die Vereinerung der Krankenkassen Waldenburger einen Auszug, welcher wirklich verdient etwas näher beleuchtet zu werden. Ich nehme an, daß der Schreiber des Auszuges kein Arbeiter ist. Der Auszug hat den Zweck, die Misachtung der Vertrauensärzte, welche sie sich auf Grund ihrer arbeiterfeindlichen Einstellung zugezogen haben, zu beheben. Verweisen möchte ich nur auf den einen Fall aus der letzten Zeit, wo ein kranker Arbeiter von dem sozialdemokratischen Vertrauensarzt Dr. Rodewald geschändet wurde, und nach einigen Tagen schon tot war. Dieser Fall steht aber nicht einzeln da, sondern solche gibt es viele. In einem proletarischen Staate würden solche Verzele bestimmt zur Rechenschaft gezogen werden.

Solange der Vertrauensarzt in jedem Kranken einen Stimulanten erblickt und ihn demzufolge oberflächlich untersucht, können die Kranken bestimmt dem Vertrauensarzt kein Vertrauen entgegenbringen. Der Vertrauensarzt muß in erster Linie Helfer der Kranken sein, und nicht ein bezahltes Organ der Krankenkassen, welches nur den Zweck hat, durch rigoroses Gesundheitsreiben der Kranken die Krankenkasse möglichst niedrig zu halten. Und was ist die Folge einer solchen Behandlung? Der Kranke quält sich noch einige Zeit bei seiner Arbeit und ist gezwungen, von neuem krankzuliegen, was nicht bloß zum Schaden der Kranken ist, sondern auch der Krankenkassen.

Der Vertrauensarzt müßte neben der körperlichen Behandlung das Vertrauen des Kranken gewinnen, um so den Heilungsprozeß zu beschleunigen. So aber, wie die Sache bisher von den Vertrauensärzten behandelt worden ist, ist es grundverfehlt; so kann das Vertrauen der Kranken zu den Vertrauensärzten nicht gehoben werden. Ich selbst habe mich immer gern der Untersuchung durch den Vertrauensarzt unterzogen, und habe dabei meine Beobachtungen und Feststellungen gemacht. Ich bin

nie gesundgeschrieben

worben, aber auch das, was der Vertrauensarzt anordnete, hatte leider keinen Erfolg. Eine wirklich sachgemäße Behandlung der Kranken von Seiten der Krankenkassen kann nur erfolgen, wenn sich die Krankenkassen dazu entschließen würden, die notwendige Anzahl Fachärzte anzustellen. Gewiß, es gibt schon Fachärzte bei den Krankenkassen für Augen und Ohren. Aber für all die inneren Leiden, wie Nerven, Herz, Nieren, Magen und die Rheumatismuskranke gibt es keine Fachärzte. So sind die meisten Verzele „Mädchen für alles“, — oder auch „für nichts“.

Die Behauptung, daß die Hälfte der Krankenkassenmitglieder arbeitsfähig ist, muß ich ganz entschieden zurückweisen. Damit wird die Hälfte der Kranken öffentlich des Simulantentums bezichtigt. Was natürlich nicht zu einem geordneten Verhältnis zwischen Krankenkassenmitglied und der Krankenkasse selbst führen kann. Als letzte Mahnung an die Krankenkassen: Beseitigt diesen Auszug, welcher aus einer vollständigen Unkenntnis der Sachlage spricht, und stellt die notwendige Anzahl von Fachärzten ein, was dem Kranken sowie den Krankenkassen dienen wird und ein besseres Verhältnis zwischen beiden herbeiführt.

Bemühtlos auf der Straße

Auf der Straße zwischen Gaaklan und Siebersdorf hürzte der Bauer Oswald Geißler aus Ober-Salzbrunn mit seinem Fahrrad. Er blieb mehrere Stunden bemühtlos auf der Straße liegen, bis er gefunden wurde.

Niederschlesien

Görlitz

Kameradschaftsabend des RZMB.

am Sonnabend, 8. Juni, 20 Uhr, im Viktoria-Garten, Wiesnig. Anschließend Tanz.

Sprottau

Keine neue Spuren im Nordwall Schöpfe. Durch einen Teil der schlesischen Presse ging die Nachricht, daß der Nordwall im Falle Schöpfe auf eine frühere Wirtin, die den Ermordeten vor drei Jahren betrogen habe, geklärt worden sei. Diese Nachricht ist völlig irrig. Die Wirtin kommt als Täterin nicht in Frage, da sie seit Jahren nicht mehr in Sprottau wohnt.

Goldberg

Der Vater gegen den Sohn. In angetrunkenem Zustand geriet in Leifersdorf ein Arbeiter mit seinem 15-jährigen Sohn in Streit. Der Vater griff zu einem Revolver und schlug damit den Sohn ins Gesicht, so daß er schwerverletzt wurde und u. a. das Nasenbein brach. Schon früher wurde der Sohn vom Vater so mißhandelt, daß er ärztliche Hilfe im Anspruch nehmen mußte.

Liegnitz

Drei Schwerverletzte bei einem Motorradzusammenstoß

Kurz hinter dem Dorfe Kötzschitz ereignete sich am Dienstagabend ein schwerer Zusammenstoß zweier in rasender Fahrt befindlicher Motorräder, bei dem drei Liegnitzer, der Kaufmann Penzold, der Ingenieur Maude und der Fahrradhändler Seider schwer verletzt wurden.

Bei unseren Pionieren herrscht wieder reges Leben. Jeden Mittwoch ist Heimabend, und die Pioniere kommen gern, denn die Abende sind für die Kinder immer interessant. Unsere Pioniere haben dieses Jahr auch schon ein Nachlager im Freien veranstaltet. Als sie am anderen Tage mit Gefang nach Hause kamen, ruhten die Blinde vieler Arbeiter wohlwollend auf den Blaukitteln. Die Pioniere haben jetzt wieder regelmäßig ihre Sonntagspiele. Arbeiterkinder, wenn ihr eure Kinder in jeder Beziehung gut aufgehoben wissen wollt, schickt sie zu den Pionieren. Anmeldeungen nimmt jeder Pionier entgegen. Wer jetzt noch angemeldet wird, kann mit uns Ferienlager fahren.

Von Fremdenmädchen befohlen. Im Juni vorigen Jahres suchte ein Landwirt zwei „Fremdenmädchen“ auf. Als er sie verließ, mußte er feststellen, daß ihm 80 Mark fehlten. Einen Teil des Geldes, das ihm von der Proprietären Anna Leber gestohlen worden war, gab man unter einem Teppich wieder. Die Diebin, die im gleichen Monate einem Blinden 40 Mark gestohlen hatte, fand nun vor dem erweiterten Schöffengericht. Der Staatsanwalt beantragte für jeden der Diebstähle ein Jahr Zuchthaus, 2 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Das Gericht erkannte auf 9 Monate Gefängnis.

Nonradsthal. Gefahr im Walde. Uns wird geschrieben: Zur Frauen ist sogar der schöne, gesunde Wald gefährlich. Infolge der allgemeinen Not sind so viele Frauen gezwungen, im Walde Holz zu sammeln. Des Öfteren ist schon berichtet worden, daß listige Menschen junge Frauen auf verwerfliche Art belästigen. Aber auch Frauen im vorgeschrittenen Alter (fast 60 Jahre alt) werden unflätlich berührt. Nur das Ausbleiben des Ehemannes konnte die Frau vor dem schamlosen Menschen retten. Es ist also auch in unserem Walde größte Vorsicht geboten, bis es gelungen ist, den oder die Unmenschen zu entlarven.

Oberes Revier

Freiblad. Achtung, Parteigenossen! Am Sonnabend, dem 8. Juni, 20 Uhr, findet im „Anker“ eine wichtige Parteiverammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, zu dieser Versammlung zu erscheinen. Auch ist die Lukenzelle Langwallerdorf zu dieser Versammlung eingeladen. Referent von der Unterbezirksleitung anwesend.

Freiburg

Die Massen freuen sich!

Ein Jungarbeiter schreibt: Vorige Woche war in den Kirchen wieder mal was „Wichtiges“ los. Es war Fronleichnam, da wurden Zeremonien gemacht, und am Sonntag wiederholt. Die Massen freuten sich nämlich, daß ihr Kontordat bald perfekt sein wird. Sie versuchen mit allen Mitteln, ihre Schächeln zu halten. Sie werden gewahrt, daß ihr Einfluß bei den Arbeitern immer mehr sinkt. Da passen sie schon lange auf das Kontordat. Arbeiter, kämpft gegen das Kontordat! Heraus aus der Kirche!

Schwednitz

Sträbel. Kriegsbeschädigte rühren sich. Am Sonntag fand hier eine Kriegsbeschädigten- und Arbeitsoffer-Zusammenkunft statt. Einberufen war der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit. Die Zusammenkunft war verhältnismäßig gut besucht. Genosse Höckerich, Breslau, zeigte in seinen Ausführungen den Anwesenden, wo ihre Interessen richtig vertreten werden. Der starke Beifall zeigte die Zustimmung der Anwesenden zu seinen Ausführungen. Einige Aufnahmen wurden gemacht, auch wurde ein Zeitungsheft für die „Arbeiter-Zeitung“ erworben. Es kam der Wunsch zum Ausdruck, am Sonntag, dem 16. Juni, eine Kriegsbeschädigten-Versammlung in Jobten, abends 8 Uhr, im „Schönhäuser“ abzuhalten, was auch festgelegt wurde.

Landeshut

Ortsrat für das Malergewerbe. Auf Grund des Landes-Tarifvertrages für das Malergewerbe der Provinz Schlesien wurde nun auch ein Tarifamt für den Bezirk der Malerzunftinnung Landeshut (d. i. Kreis Landeshut) gebildet.

Kirchenräuber gefaßt. Die Verabungen der Pfarrkirche, in den Schwarzwalddauer und Wittgendorfer Kirchen haben ihre Auflösung gefunden. Als Täter wurde ein 23-jähriger Kutcher Josef Effenberger festgenommen.

Grüssau

Keine Wohnung für die Familie

Die Familie Michael bewohnt eine Wohnung in einem Hause, das dem Benediktinerorden gehört. Da der Mann infolge langer Arbeitslosigkeit mit der Miete einige Monate im Rückstande war, wurde ihm die Wohnung kurzerhand gekündigt. „Liebet eure Nächsten...“

Wenn man das Eintommen zu niedrig angibt

In einer Erklärung an das Finanzamt gab der Bäckermeister Weichert von hier sein jährliches Eintommen mit 24000 Mark an. Dieser Betrag erschien der Behörde aber zu niedrig. Bei einer Nachprüfung wurde dann auch ein Betrag von etwa 30000 Mark errechnet. Nun stand der Bäckermeister, der keine ordentliche Buchführung hatte, vor dem erweiterten Liegnitzer Schöffengericht wegen Steuerhinterziehung. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 500 Mark. Das Gericht hielt eine Geldstrafe von 200 Mark für angemessen.

Steinau

SPD-Bonzen denunzieren die Verkäufer der „Arbeiter-Zeitung“

A. K. Am 26. und 27. März verkauften zwei Genossen vor dem Arbeitsamt die Erwerbslosenausgabe der „Arbeiter-Zeitung“. Neben dem Arbeitsamt ist das Büro der SPD-Bonzen und die Geschäftsstelle der „Oberpep“. Ein Genosse bot dem vorbeigehenden Berichtserhalter der „Oberpep“, dem SPD-Bonzen P a u s s e n, eine Zeitung an. „Wer, o Schred, der Bonze wurde wild wie ein losgelassener Stier und machte seinem Vetter über die „Freiheit“ der Kommunisten durch die unflätigsten Redensarten, die wir ja von diesen Volksverrättern gewohnt sind, Luft. Auf die Anzeige der Bonzenclique in Steinau, denen unser Zeitungsbetrieb ein Dorn im Auge ist, bei der Polizei, erhielt der eine Genosse einen Strafbefehl über 8,25 Mark zugesellt. Hier offenbart sich wieder einmal klar die schäbige Denunziation der Steinauer SPD-Bonzen. Der Genosse erhob gegen den Strafbefehl Einspruch. Bei der heutigen Verhandlung vor dem Amtsgericht Steinau wurde er auch freigesprochen; die Kosten des Verfahrens trägt die Staatskasse. Der amtierende Amtsgerichtsrat mußte dem Anklagvertreter, einem jungen Anwalt, erst die Paragraphen 9 und 10 des Pressegesetzes vorlegen. Der Berichtserhalter P a u s s e n der SPD kam triumphierend in den Gerichtssaal, um über den Verlauf der Verhandlung und über das von ihm erhoffte vernichtende Urteil in der „Oberpep“ zu berichten. Aber welche Enttäuschung. Mit vor Blut zusammengebißenen Zähnen mußte er sich das die Genossen Wilde und Pering freisprechende Urteil anhören. Wie ein gealter Hitz verließ er den Gerichtssaal.

Glogau

Eine Verhaftung in der Mühlenbrand-Sache. Die Ermittlungen in der Brandstiftungsangelegenheit in der Fiedlermühle führten zur Verhaftung des Kaufmanns Georg Diehert, der kürzlich wegen der Brandstiftung in der väterlichen Mühle in Jarlau abgeurteilt wurde. Diehert sen. hatte seinem Sohne Georg 12 Mark, eine Schmalzmaschine und zwei Nachzügige übereignet, die in der Fiedlermühle untergestellt waren und jetzt ohne Wissen des Diehert gepfändet worden waren. Georg Diehert ließ sich zu Drohungen gegen den neuen Besitzer hinreißen, so daß der Verdacht der Täterschaft bald auf ihn fiel. Zunächst wurde Georg Diehert wieder auf freien Fuß gesetzt, doch nehmen die Ermittlungen ihren Fortgang.

Aus dem Riesengebirge

„Prophet“ Welkenberg will einen Redakteur tobteten

Wir be. mit, waren in Petersdorf und umgegend nach dem Auftreten der Seite des „Propheten“ Welkenberg mehrere Frauen dem religiösen Wahnsinn verfallen. Die Offenheit beschränkte sich damals einigen mit dem Treiben dieser Welkenberg-Sekte, und auch der „Bote aus dem Riesengebirge“ nahm in mehreren Artikeln Stellung gegen sie. Daraufhin erhob der „Prophet“ Welkenberg Privatklage gegen den Redakteur des „Boten“. Das Amtsgericht sprach den Redakteur aber frei, worauf Welkenberg sogar Berufung einlegte. Den „Propheten“ hatten scheinbar alle „guten Geister“ im Stich gelassen, denn der Gerichtshof verließ bei dem Freispruch des Redakteurs. Ein Welkenberger aus dem Riesengebirge teilt nunmehr mit, daß Welkenberg jetzt selbst die Strafe an dem Redakteur vollstrecken werde: Er werde ihn in Berlin aus „töbteten“.

Den Mann müßte unsere Justiz anstellen. Sie könnte die Scharfzücker sparen. Auch Herr Höpffel wäre der Welkenberg zu empfehlen. Beim nächsten 1. Mai brauchte er sich dann nicht in solch bedeutende Schickungen zu stürzen, wenn er den Propheten beauftragen würde, alle Kommunisten totzubeten. — Aber Spaß beiseite. Es ist ein Jammer, daß ein solcher Gauller im 20. Jahrhundert noch „Gläubige“ finden kann.

Ungeheuer, erkannt waren die Petersdorfer P a d d. h. e. l. m. e. r., als sie am Sonnabend früh feststellen konnten, daß ihre ach — so schönen, erst ganz frisch mit ungeheurer Sorgfalt geliebten buntgeschmiedeten Plakate für das faschistische Treffen in Mütchen in Felsen beim Vater Rübzahl auf dem Knapp gelandet waren. Wo mag der Kerl zu suchen sein, der diese Trevelat begangen hat. Wilhelms schöne schwarzweißrote Fahnen in Felsen in den Dred getreten!

Arbellersport

Breslauer Handballspiele am 9. Juni:

- Männer, A-Klasse:
- 15,00: 5. Abt. — Poseidon, Dömitz; Rosig, Lichtod.
 - 15,00: Gaudau — Moßbern, Gaudau; Frilich I, Thernitz.
 - 16,00: 6. Abt. — 7. Abt., Tichanisch, Kemichin I, Frilich II.
 - 16,00: 1. Abt. — 2. Abt., Eichenpark, Feist, Bergander.
- Männer, B-Klasse:
- 15,00: 8. Abt. — 5. Abt., Helmutsdorf; Flegel, Schlesinger.
- Männer, D-Klasse:
- 15,00: 7. Abt. III — 7. Abt. IV, Eichenpark; Feist, Bergander.
 - 15,00: 9. Abt. — Nordost, Dömitz; Blaz n. Nordost; Schöpe, Fichtner.
 - 15,00: 1925 — Silezia, Dömitz; Großpitsch, Nowarra.
 - 16,15: 1928 — 8. Abt., Helmutsdorf, Flegel, Schlesinger.
 - 17,20: Deutsch-Lissa — 4. Abt., Kl. Heidau; Reichert, Koch.
- Jugend, A-Klasse:
- 16,15: 7. Abt. — 4. Abt., Eichenpark; Israel, Riedel.
 - 18,20: Poseidon — 5. Abt., Dömitz, Rausch, Schiewed.
- Jugend, B-Klasse:
- 17,10: 5. Abt. — Nordost, 2. Jgd., Dömitz; Rausch, Schiewed.
 - 16,15: 1925 — 8. Abt., Dömitz; Großpitsch, Nowarra.
 - 16,00: 1897 — 9. Abt., Lohawiese; Bräuer, Zahn.
 - 15,00: Deutsch-Lissa — Nordost I, Jgd., Kl. Heidau; Müller, Scholz.
 - 17,00: Neutirch — Moßbern, Gaudau; Frilich I, Thernitz.
- Sportlerinnen, B-Klasse:
- 16,10: BfL — West, Gaudau, Schmalkisch, Vorenz.
 - 16,10: Deutsch-Lissa — Silezia, Kl. Heidau; Reichert, Koch.
 - 16,10: 3. Abt. — 1. Abt., Dömitz; Rosig, Lichtod.
 - 17,15: 2. Abt. — Günstigkeit, Lohawiese; Bräuer, Zahn.

Breslauer Fußball-Gesellschaftsspiele. Sonnabend, 8. Juni: 18,30 Uhr: Süd 2. Jgd. — Tasmania 1. Jgd., Kleitendorf, M. Ritter. — 18 Uhr: BfL II — Stern II, Gaudau, Verein. — Sonntag, den 9. Juni: 10,30 Uhr: BfL I, Jgd. — Union 2. Jgd., Hermantendorf, Kühnbel. — 12,10 Uhr: Süd I, Jgd. — Falke 1. Jgd., Kleitendorf, Engel. — 14,30 Uhr: Süd I — Süden I, Forst, Kleitendorf, Bartisch. — 16 Uhr: Hundsfeld 1. Jgd. — Fr. Sportfr. 1. Jgd., Hundsfeld, Verein. — 17,30 Uhr: Hundsfeld (Bez. 1) — Freie Sportfreunde I, Hundsfeld, Gomille.

Fußballsparte. Ladungen des Verhandlungsausschusses für den 10. Juni: 20 Uhr: FSB 1925 — Herta (Einspruch). Dazu beide Vereinsvertreter. B. Müller (Herta) mit Ros. 20,30 Uhr: Sportg. Leuschner (Falke). Dazu Schiedsrichter Brenz und Genarisch (Einigkeit). 20,45 Uhr: Vereinsvertreter BfL. — 21 Uhr: Vereinsvertreter Nowarra. 21,15 Uhr: Sportg. Kretschmer und Kranig. 21,30 Uhr: Sportg. Klade (Südost) und Schiedsrichter Kühnbel. — Ladung für 12. Juni: 20 Uhr: Vereinsvertreter West und Ravid (Einspruch). Dazu Schiedsrichter Unidmisch, beide Spielführer, Zeugen stellen die Vereine selbst. 21,15 Uhr: Vereinsvertreter Herta. Spielführer H. Manuschast vom Spiel am 12. Mai 1929.

Breslauer Kartellvereine! Raft-Karten abholen am Freitag, um 19,30 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

USA. Freiheit. Freitag, 20,30 Uhr, Vollversammlung bei Haupt, Matthiasstraße 186.

Spielvereinigung 1921. Freitag, 20 Uhr, außerordentl. Generalversammlung in der „Erholung“, Eichenparkstraße. Sämtliches Vereinstmaterial mitbringen.

USA. „Napid“. Donnerstag Vorstandssitzung. Freitag Vollversammlung im Vereinslokal. Vereinstsachen sind mitzubringen.

USA. „Südost“. Die Versammlung findet am 8. Juni in der Turnhalle statt. Die Quartiergeber treffen sich daselbst. Anfang um 20 Uhr.

Reichs-Arbeiter-Sporttag in Hundsfeld. Am 9. Juni veranstalten die Arbeiter-Sportvereine in Hundsfeld ihren „Raft“. Das Programm sieht folgende Punkte vor: 8,30 Uhr: Läufe. Von 12 bis 13 Uhr: Konzert auf dem Ringe. Um 14 Uhr: Festzug nach dem Sportplatz. Um 15 Uhr: Sportliche Veranstaltungen auf dem Sportplatz. Wett-kämpfe der Turner, Athleten. Als Abschluß ein Fußballspiel der ersten Mannschaften des A. u. S. B. Hundsfeld — Freie Sportfreunde, Breslau.

Arbeiter-Athletenbund, 1. Bezirk. Donnerstag, in der Turnhalle Liegnitzer Schule, um 19 Uhr, Technikerführung der Breslauer Vereine. Tagesordnung: 1. Raft. 2. Bezirksfest. 3. Beschließenes. — Um 20 Uhr: Gewichtsübung nach Muff, zum Raft. — Dienstag, 11. Juni, 19 Uhr, Bezirksvorstandssitzung bei Metzky, Burgstraße.

Freiburg. Freie Turnerschaft und Schwimmer. Am Freitag, 20 Uhr, im Gasthof „Zum Kronprinz“, Mitgliederberausung. Tagesordnung wird bekanntgegeben.

Briefkasten

A. B. Stabelwitz. Aus prinzipiellen Erwägungen können wir a. n. o. v. m. e. Zuschriften nicht veröffentlichen. Wir müssen von den Einsendern verlangen, daß sie sich uns gegenüber nicht verdecken. Wir eruchen deshalb um möglichst genaue Namentnennung.

Neue Schandurteile gegen Maiopfer Bürgiebels

Das erweiterte Schöffengericht Berlin-Schöneberg verhandelte am 5. d. M. erneut gegen eine Reihe von Arbeitern, die die Bürgiebelsoldaten in den Matlagen verhaftet hatte. Seit dieser Zeit haben diese Arbeiter in Untersuchungshaft. Die Prozesse betrafen erneut die brutalen und willkürlichen Verhaftungen durch die Polizei in den Matlagen. Zuerst wurde gegen sechs jugendliche Arbeiter verhandelt, die wegen „Landfriedensbruchs und Körperverletzung“ angeklagt waren. Der Prozess ergab aber, daß es sich um eine Geburtsstagsfeier mit anschließender Kellerei in einem Lokal zwischen den Angeklagten und anderen Gästen des Lokals gehandelt hat. Die Bürgiebels-Polizei kam dazu und verhaftete die Arbeiter als „Mauerschreier“. Selbst der Staatsanwalt mußte dem „Reaktionären Richter“ zugeben und beantragte gegen vier Angeklagte je 300 Mark Geldstrafe und für die zwei anderen je 100 Mark. Das Klaffengericht ging selbst über diesen Antrag hinaus und sprach vier Angeklagte der Körperverletzung für schuldig und verurteilte sie zu je drei Wochen Gefängnis.

Ein weit krasserer Urteil wurde vom gleichen Gericht gegen den 30 Jahre alten Schuhmacher Helmberger gefällt, der wegen

in mehreren Auftrüben angeklagt war. Er soll Polizeibeamte mit Steinen beworfen haben. Wohl war dieser Arbeiter in der Lage, in seiner Aussage das ungeheure brutale Vorgehen der Polizei gegen die Demonstranten zu kennzeichnen und wie die Polizei rücksichtslos mit dem Gummiknüppel Kinder und halbwüchsige Mädchen mißhandelt habe, dagegen konnte keiner der als Zeugen auftretenden Polizeibeamten die Schuld des Angeklagten nachweisen. Sie sagten nur aus, daß sie mit Steinen beworfen worden seien, „daß sich der Angeklagte daran beteiligt habe, wußten sie nicht, nahmen es aber fest an, weil er andere durch ausführliche Reden gereizt habe“. Trotz dieser keineswegs beweiskräftigen Aussagen verurteilte das Klaffengericht den Arbeiter zu der ungeheuerlichen Strafe von sechs Monaten Gefängnis!

Bürgiebels kann tatsächlich stolz auf die Arbeit seiner Polizei sein. Er wird auch in Zukunft Lustig weiter Demonstrationen durch seine Mächtigkeitsjüngens provozieren und Blutbäder unter der Arbeiterschaft anrichten lassen. Hat ihm doch der Magdeburger Parteitag dazu volle Sanktion erteilt.

Rede der Genossin Urendsee im Reichstag

Sozialdemokratische Demagogie entlarvt

(Eigener Bericht). Berlin, 6. Juni.

Für die kommunistische Fraktion sprach während der Debatte zur Frage der Kinderpeisung

Genossin Urendsee:

Unser Antrag, fünf Millionen Reichsmark für Kinderpeisungen in den Etat einzusetzen, ist bereits im Hauptauschuß von allen Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie, abgelehnt worden. Das hat uns nicht gewundert, denn die Frage der Kinderpeisung stellt ein Programm vor. Entweder man ist für Kinderpeisungen, dann muß man gegen Panzerkreuzer sein, oder man ist für Panzerkreuzer, und dann muß man sich gegen Kinderpeisungen wenden. Im Wahlkampf spielte diese Frage eine große Rolle; aber bei den heutigen Beratungen sprach kein Sozialdemokrat zu dieser wichtigen Frage. Am 5. April 1927 führte die sozialdemokratische Abgeordnete Böhm-Schuch im Reichstage aus:

„Um eine Million für die hungernden Kinder zu sparen, sie hier, als ob sie alleamt Händler wären, die aus dem Tempel gerieben werden müssen (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten). Für die Reichswehr haben sie von 660 Millionen ganze 7 Millionen gestrichen. Wer hier langem Sie an zu handeln und zu sparen um eine Million für die unterernährten, hungernden, elenden Kinder Deutschlands.“

Das war 1927. Ein Jahr später noch erklärte Frau Wurm bei den Etatsberatungen:

„Das reaktionäre Gesicht des Bürgerblods wird dadurch am deutlichsten gekennzeichnet, daß im Etat die Millionen für die Kinderpeisung nicht enthalten sind.“ (Hört, hört! bei den Komm.)

Dieser Ausdruck paßt auch für die heutige Regierung sehr treffend. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Als diesmal die Frage der Kinderpeisungen im Hauptauschuß beraten wurde, erklärte der Sozialdemokrat Schmidt, daß man ein Abkommen mit den Regierungsparteien getroffen habe, in dem es heißt, daß für Kinderpeisungen nichts in den Etat eingesetzt werden dürfe. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Zur Ablenkung sagen jetzt die Sozialdemokraten, daß es Sache der Länder sei, für die Kinderpeisungen zu sorgen. Ich stelle aber fest, daß Preußen die Summe für Kinderpeisungen von 1 Million auf 600 000 Mark herabgesetzt hat. Bayern hat überhaupt nichts mehr eingesetzt; ebenso Württemberg, Braunschweig und auch Sachsen. Auch die Zuwendungen für Kinderpeisungen in den Gemeinden nehmen immer mehr ab. Der Wohlfahrtsminister Hirtl-Kiefer hat in seiner Etatsrede im Preussischen Landtag erklärt:

„Die Mittel für die Kinderpeisung sind sehr knapp; vielleicht gibt das Reich endlich etwas dazu.“ (Hört, hört!-Rufe, Gellerleit.) Die Kinderpeisung ist aber jetzt notwendiger denn je, weil die Massen der werktätigen Bevölkerung infolge der großen Erwerbslosigkeit, infolge der niedrigen Löhne und Teuerung nicht in der Lage sind, ihren Kindern eine ausreichende Ernährung zu geben. Es ist bei Untersuchungen in Schlesien festgestellt worden, daß der Gesundheitszustand der Schulkinder bei 32,1 Prozent als schlecht angesprochen werden muß. Im Waldenburger Hungergebiet gehen 41 Prozent der Schulkinder morgens ohne Frühstück in die Schule. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) 25 Prozent der Schulkinder haben kein warmes Mittagessen. In Berlin gehen 47 000 Kinder ohne ein warmes Frühstück in die Schule. Aus diesen Zahlen spricht das Elend der Schulkinder des Proletariats. (Sehr wahr! bei den Komm.) Trotzdem aber bringen Sie es fertig, die Mittel für die Kinderpeisung zu verweigern. Wir wissen wohl, daß auch diese 5 Millionen nicht ausreichen, die Not der Schulkinder zu beseitigen, wohl aber könnten davon 150 000 Schulkinder täglich gespeist werden. Nach Ihrem Willen müssen sie weiter hungern.

Das Reichsgesundheitsamt begründet die Einstellung der Kinderpeisungen folgendermaßen:

„Eine allgemeine planlose Zufuhernährung habe bei einem erheblichen Teil der Kinder nur zur Folge, daß der Appetit für

die häuslichen Mahlzeiten herabgesetzt würde, dadurch entstehe aber ein ungewöhnlicher Aufwand von Geldern, die eine bessere Verwendung finden könnten.“ (Kommunistischer Zorn: Panzerkreuzer!) Für diese Begründung zeichnet der Sozialdemokrat Geering verantwortlich.

Aber in Zukunft werden die Sozialdemokraten weiterhin in Versammlungen — natürlich ohne Diskussion — rühmliche Reden über die Not der Kinder und Frauen halten. Sie sind jetzt aber als elende Heuchler entlarvt. Wir werden dafür sorgen, daß alle werktätigen Frauen, die gesamte Arbeiterklasse, die Wahrheit erfährt, damit sie mit Ihnen abrechnet. (Beifall und Handklatschen bei den Komm.)

Jungdo bietet Reichsbanner Bündnis an

Gemeinsam gegen das reaktionäre Proletariat

Der Führer des Jungdoischen Ordens, Waghman, macht in einem Artikel seiner Bundeszeitung dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ein offizielles Bündnisangebot.

Aus diesem Artikel geht hervor, daß dieses Bündnisangebot im Zeichen des Antikommunismus gemacht wurde. So heißt es:

„Es droht nicht nur die Gefahr eines Angriffs von außen, sondern die Gefahr der Unterwühlung im Innern... In diesem Zweck müsse das Reichsbanner „von denen um Schönach“ in aller Offenheit abklären.“

Also das heißt, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold sich vom Sozialismus abwendet und sich offen zur imperialistischen Wechsellagerung bekennt.

Die „Vossische Zeitung“ begrüßt dieses Bündnisangebot mit großer Freude und bemerkt dazu:

„Widerspruchlos hat Otto Hering in schärfster Form, bei aller Anerkennung der ehrlichen Bejüngung des alten Generals, gegen Schönach Stellung genommen und seine Wünsche für unvereinbar mit den Zielen des Reichsbanners erklärt, ohne daß sich bei der Verammlung ein Widerspruch dagegen erhob. Bei der Neuwahl des Reichsausschusses ist Schönach nicht wiedergewählt worden.“

Parteitag der Demokraten

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, hat der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei beschlossen, den diesjährigen Reichsparteitag Anfang Oktober in Weidberg stattfinden zu lassen. Referate über die politische Lage, Wirtschaftsprogramm und Bauernpolitik stehen auf der Tagesordnung. Ueber das letztere Thema soll der berühmte Reichsernährungsminister Dietrich sprechen, dessen Hochschußprogramm zugunsten der Großagrarier soeben in der Reichstagsitzung durch die Bürgerblockfront bis zu den Sozialdemokraten verabschiedet wurde.

Neuhortler Theater durch eine Feuersbrunst zerstört

N. Newyork, 5. Juni. In dem hundert Jahre alten Bowery-Theater in Newyork brach ein Brand aus, der das Theater zerstörte. Das Theater, das schon nahezu verfallen war, erlebte nur noch vorübergehend Gastspiele von Chinesen. In seiner Blanzzeit, in den 70er bis 90er Jahren, hatten dort viele berühmte deutsche Schauspieler wie Barnag, Hoffart, Haase, Sonnenthal, Raing und eine Meininger Troupe gespielt.

Weitere Zunahme der Ausbruchstätigkeit des Vesuv

N. Rom, 5. Juni. Die Ausbruchstätigkeit des Vesuv hat im Laufe des Mittwochnachmittags eine weitere Zunahme erfahren. Der Lavastrom fließt schon gegen die Ortschaft Aulno, die nur 200 Meter von der Bahnhalle rund um den Vesuv entfernt ist. In den ersten Nachmittagsstunden begann die Lava schon die Ortschaft Tergano zu überfluten. Ueber Vittoriano ging ein Aschenregen nieder. Eine Studentengruppe, die vom Vesuv-Observatorium aufgebrochen war, um den Ausbruch aus nächster Nähe zu beobachten, wurde von einem Aschen- und Steinregen überrascht.

Vereinigte Theater

Lobe-Theater

Von Sonnabend, den 1. 6. bis Sonnabend, den 8. 6. täglich 20.15 Uhr.
Zum ersten Male!
Saisonauverkauf 1929
Neuve im Lobetheater
Leite: Max Ophüls
Musik von Harry Ralton

Thalia-Theater

Von Sonnabend, den 1. 6. bis Sonnabend, den 8. 6. täglich 20.15 Uhr.
Der Mann, der seinen Namen änderte
Stück in 3 Akten
von Edgar Wallace, deutsch von Hans Rothe

Schauspielhaus

Operettenbühne Tel. 36300
Täglich 20 Uhr
Gastspiel
des Kammerängers
Serge Abranovic
Friederike

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)
Donnerstag, 20 Uhr
Frau Dubois
Freitag, 20 Uhr
Monnemanns-Vorstellung Serie H 20
Der Mann und Zimmermann
Sonnabend, 20 Uhr
Cavalieri Rusticus
Mittwoch
Der Kaiser
Sonntag, 20 Uhr
Madame Butterfly

Gamereien

Vogelfutter
Futtermittel
Richard Schwella
Matthiasstraße 165
Ode Weinstraße 85

Moderne Kinderwagen

25.-
35.-, 29.-, 27.-
Schwanitz
Königsplatz 33
Ecke Taschenstr.

Ziehung vom 12. bis 18. Juni 1929

Volkswohl-Lotterie

45098 Gewinne u. 2 Prämien im Gesamtwert von

430000	RM
150000	RM
75000	RM
100000	RM
30000	RM
40000	RM
20000	RM

Lose zu 1 RM. Doppellose 2 RM.

Glücksbriefe mit 5 Losen sortiert aus versch. Tausenden 5 RM.
Glücksbriefe m. 10 Losen sort. a. versch. Tausend. 10 RM.

Perle u. Gewinnliste 35 Pf. In allen durch Plakate kennz. Verkaufsstellen u. durch

H. C. Kröger A. G., Berlin W 8

Friedrichstr. 192-193 Postcheckkonto: Berlin 215

Sämtliche Gewinne auf Wunsch 90% bar

Molkerei Hermann Walter
Breslau, Gabisstraße 39
Milch - Butter - Eier - Käse

P. Pohl

Beste und billigste Bezugsquelle
ff. Schokolade
Kakao - Konfitüren
Leb- und Honigkuchen
Keks - Waffeln und Zwieback

Verkaufsstellen
in allen Stadtteilen Breslaus

B. Thiemann, Beerdigungs-Anstalt
Breslau 10, Matthiasstr. 124
Fernruf 21 603
Inhaber: Erich Müller

Fleisch- und Wurstwaren

Richard Krusch

Verkaufsstellen:
Adalbertstraße 15, Klosterstraße 49
Matthiasstraße 166, Ohlauer Str. 87
Tiergartenstr. 26 (Ecke Kaiserstr.)

Wir liefern
Plakate
Briefbogen
Rechnungen
Programme
Einladungskarten
Flugblätter
Werke
Zeitung
Zeitschriften
Rotationsdruck
Menschenaufträge

prompt und preiswert

PEUVAG

Papier- Erzeugnisse- und Verlags- Anstalt - Gesellschaft Berlin
Fil. Breslau
Trebnitzer Str. 50

WEINE

VON
Herzberg & Co.

Höfenstraße 48
Leuthenstraße 16
Selenkestraße 17

Bischofsplatz 17
Klosterstraße 34
Michaelstr. 2

sind deshalb so erstaunlich billig, weil sie in dem In- und Auslande in ganzen Waggons bezogen und sofort bezahlt werden.

Rotwein	Flasche	1.10
Südwain rot oder gelb	„	1.20
Cydar süß	„	0.65
Johannisbeerwein süß	Fl.	0.85
Wermutwein süß	„	1.35

Kolonialwaren, Konfitüren
Zigarren, Zigaretten
Futtermittel, Gamereien
Vogelfutter

Georg Bansch

Striegau, Siegnitzer Str. 1

Inferate

haben in unserer Zeitung
besten Erfolg

Kaizmarcks

Sarg- und Möbel-Magazin

Bobrok - Karl I

Großes Lager in Särgen und Möbeln

Ausführung v. d. einfachst. b. elegantesten Beerdigung, vornehme Zimmerdekoration, eig. Galalithwagen. Teilzahlung gestattet.

„DIE ROTEN BLITZE“

spielen in ihrer neuen Revue
„So sch'n Sie aus“
In nächster Zeit in Breslau!!!

Verien-Tage

Sonnabend, d. 8. Juni, vorm. 8 1/2 Uhr
 Vorverkauf: Freitag, den 7. Juni

95

145

195

295

395

- Damen-Strümpfe 4-fach Mako, Seidenfaser und künstliche Waschseide, fehlerfrei mit Naht, alle Modelfarben .95
- Kinder-Strümpfe Baumwolle, farbig und schwarz, Größe 4-10 2 Paar .95
- Kinder-Söckchen farbig mit Ringrand, alle Größen 3 Paar .95
- Herren-Socken Vigogne, grau u. mode, 2 u. 1 Paar .95
- Herren-Jacquard-Socken mit Kunstseide plattiert, neuerige Muster 3 u. 2 Paar .95
- Damen-Strümpfe prima Waschseide, großes Farbsortiment, fehlerfrei 145
- Damen-Strümpfe Dembergseide, Diamstempel 145
- Damen-Strümpfe Fior und Mako, mit Kunstseide plattiert, teils mit kl. Schönheitsflechern 195
- Damen-Strümpfe Dembergseide, Silberstempel 195
- Damen-Handschuhe mit Manschette, imit. Leinen mit Seidenglanz .95
- Damen-Handschuhe 145
- Herren-Handschuhe 145
- Damen-Handschuhe 145
- Damen-Handschuhe 195
- Damen-Handschuhe 295
- Schlupf-Büstenhalter gestreifte Kunstseide 2 Stück .95
- Büstenhalter Charmeuse, mit Valenciennespitze .95
- Strumpfhaltersgürtel Kunstseide-Drell, mit 4 Rädchen .95
- Büstenhalter Wäschezeit mit Spitze, Vorder- und Rückenschluß 3 Stück .95
- Strumpfhaltersgürtel elegant, Seide-Drell, mit 2 Gummitellen und 4 Hältern 145
- Hüftgürtel aus brochiertem Damast, mit Gummitellen, Seilenschluß und 4 Rädchenhalter 245

- Sichumlegekragen 4-fach Mako, 1. Form, 2 Stück .95
- Einstoffkragen zum Selbstwaschen, moderne Form 2 Stück .95
- Garnituren, 3 teilig Hosenträger, Socken u. Ärmelhaken im Karton .95
- Selbstbinder Foulard, hübsche Sommermuster 2 Stück .95
- Herren-Nachthemden mit ästhetischen farbigen Dessins, kleine Schönheitsflecher 295
- Herren-Oberhemden Zebr, hellgestreift, gefütterte Brust 295
- Herren-Oberhemden Trikollette, durchgehend gemustert 495
- Oxford-Oberhemden das beliebteste Wochenendhemd, mit Kragen und Klappmanschetten 495
- Nezjacken mit Leiste, weiß und makofarbig, alle Größen .95
- Herren-Hosen makofarbig, Größe 4-6 145
- Einsatzhemden mit Rippe- und Perkalainätzen, verschiedene Größen 145
- Herren-Hemden makofarbig, Doppelbrust, alle Größen 195
- Herren-Hosen echt Mako, alle Größen 195
- Einsatzhemden mit Manschetten, weiß Rumpfstoff, Wascheisen-Einsätze 295
- Herren-Garnituren Jacke und Hose, moderne Farben 295
- Frotteerhandtücher Jacquard-Kräuselstoff, farbig gestr. 30 x 100 .95
- Badelaken bunt gestreift u. weiß mit roter Kante, 125 x 140 3.95, 100 x 100 195
- Kinder-Badeanzüge Baumwolltricot, schwarz, Länge 50 .95
- Badeanzüge für Damen und Herren, schwarz und farbig 195
- Kinder-Bademäntel bunterfarbig, Kräuselstoff, mit Schalkragen, Länge 55 395

- Rohnessel 80 cm breit, solide Gebrauchsqualität, 3 Mtr. .95
- Handtuchstoff Gerstenkorn, weiß, mit roter Kante 3 Meter .95
- Küchenhandtücher Reiz Leinen-Drell, circa 48 x 100, gestümt und gebändert .95
- Küchenhandtücher Halbleinen-Drell, circa 46 x 100, gestümt und gebändert 145
- Kunsts.-Beiderwand für Handtücher, hübsche Streifen 145
- Schlafdecken einfarbig mit Kante, circa 140 x 190 195
- Stubenhandtücher Baumwoll-Jacquard, mit kleinen Schönheitsflechern 3 Stück 195
- Bettlaken Hanntuch, 130 x 220 295
- Crêpe-Künstlerdecken Indamitfäden, herrliche Muster, ca. 130 x 130 395
- Damen-Hemden Achselchluß, mit Stickerelansatz .95
- Damen-Hemden Achselchluß, mit Gitterstickerel 145
- Damen-Hemdosen farbig Wäschebatist, mit hübschen Motiven 145
- Damen-Nachthemden Wäschebatist, mit Valenciennespitzengarnierung 195
- Damen-Nachthemden farbig Batist, mit Kurzhalsstickerel und Dublkragen 295
- Damen-Schlafanzüge farbig Batist, mit Dublkragen 395
- Damen-Schlafanzüge farbig Batist, mit Handstickerel oder gestickter Weste 495
- Spielkleidchen gestreift Zebr, Länge 40-55 2 Stück .95
- Gartenkleider gestreift und einfarbig Zebr 195
- Tenniskleider weiß Panama, Rock mit Falten-garnierung 395
- Berufsmäntel schwarz Satin oder einfarbig Zebr 395

- Kinder-Schlüpfer gestreifte Kunstseide, II. Wahl, Länge 55-60 .95
- Damen-Schlüpfer gestreifte Kunstseide, I. T. fehlerfrei 145
- Damen-Schlüpfer gestreifte Kunstseide, fehlerfrei, Größe 42-48 195
- Damen-Hemdosen gestreifte Kunstseide, mit Valenciennespitze, rote Wäschebatist 245
- Damen-Prinzeßröcke gestreifte Kunstseide, mit hübscher Spitzengarnierung, Größe 42-48 245
- Damen-Prinzeßröcke gestreifte Kunstseide, mit eingerebtem Spitzensalon, fehlerfrei, Größe 42-48 295
- Damen-Schlüpfer Charmeuse, aparte Farben, Größe 42-48 395
- Damen-Komplex gestreifte Kunstseide, mit hübscher Valenciennespitze, fehlerfrei 395
- Damen-Hemdosen Windelform, Achselrig, weiß u. farb. .95
- Kinder-Schlüpfer Baumwolle mit Kunstseide, alle Größen 295
- Damen-Schlüpfer Baumwolle, alle Größen 2 Paar .95
- Damen-Schlüpfer echt ägyptisch Mako, alle Größen 145
- Mitteldecken Kreiselstein, vorgezeichnet, 60 x 60 .95
- Tischdecken Kreiselstein, vorgezeichnet, 130 x 130 295
- Bulgarenblusen Schweizer Volle, vorgezeichnet 495
- Damen-Taschentücher mit farbigem Zäckenrand 6 Stück .95
- Damen-Taschentücher Schweizer Stickerel 6 Stück .95
- Herren-Taschentücher Linon mit farbiger Kante, II. Wahl 6 Stück .95
- Herren-Taschentücher pa. Mako, farb. Kante, II. Wahl, 2 St. 6 Stück .95
- Kinder-Taschentücher mit bunter Kante 12 Stück .95

- Damen-Pullover o. Arm Kunstseide plattiert, weiß u. farbig mit farbiger Kante 195
- Damen-Pullover o. Arm Kunstseide, m. buntemfarbigem Bordüre 295
- Damen-Pullover o. Arm Reine Wolle, Original Wien, mit spitzem Ausschnitt, weiß und pastellfarbig, mit farbigen Kanten 395
- Damen-Pullover o. Arm spitz. Ausschnitt, lebhaftes Farbspiel 395
- Damen-Westen m. Arm Reine Wolle, einfarbig mit andersfarbigen Kante 495
- Kinder-Trikot-Sweater 1/2 Arm, vieredigen Ausschnitt alle Größen .95
- Bobby-Kappen Wasch-Kohle u. Wachsrippe weiß und weißerig 145
- Kinder-Trikot-Hänger m. Kragen, helle Melangen Länge 40-50 195
- Bobby-Kappen prima Glanzfilz, leucht. Pastellfarben 295
- Dam-Strick-Kleider Reine Wolle, Wiener Fabrikat, Pullover mit spitzem Ausschnitt, Gürtel und bunten Kanten 1495
- Damen-Kleider Kunstseide plattiert, Pullover o. Arm spitzes Ausschnitt, weiß m. bunten Blende 495
- Damen-Kleider Trikot-Charmeuse, Pullover m. Krag. u. langem Arm, Rock m. weill. Falten, zarte Falten 1295
- Kostüm-Schals Crêpe de Chine, Kunstseide 195
- Pelzkragen für den Sommer, aparte Farbblöcke 295
- Damen-Westen o. Arm, Wolle mit Seide helle Farb. 495
- Hemdenpasson imit. Klöppel 4 Stück .95
- Stickerel-Wäscheträger mit fester Kante 3 Paar .95
- Wäsche-Stickerel moderner Muster, circa 7 cm breit, 2.30 Meter Coupon .95
- Kleider-Westen Volle und Batist, zum Teil mit Spitzengarnierung .95
- Bindekragen Crêpe de Chine, mit reicher Garnierung 195

Mitglied der Kunden-Kredit G.m.b.H., Gartenstr. 67 (Lapide)

Wollwarenhaus
SAXONIA
 das große Spezialhaus am Christophorusplatz
 FALK & POSENER
 BRÄSLAU OHLAUERSTR. 60/61